

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 113

Febr./März/April 2023



Außer Kontrolle - Klima & Krieg

INHALT

Klimaschutz- und Maßnahmenkatalog bis Juli 2023	
Landkreis startet endlich durch	3
Wohnungsmarktgutachten erhöht Grenzwerte	5
Gutachten zu Wohnraum 2040 – nur Ersatzbedarf	7
Interview mit Reinhard Rohde (Die Linke)	
Kreis: Trendwende beim Klimaschutz	9
Entsiegelung / Autoarme Altstadt	10
Interview: Stadteylladen in Neuenhäusern	11
Klimaplattform stellt Fachaufsichtsbeschwerde	
Keine sachliche Begründung für Fällung	12
Meldungen – fast backward	14
Laternengespräche: „Es ist den Preis wert“	16
Rheinmetall – Kleines zu großen Geschäften	18
Jetzt aufstockende Leistungen beantragen	
Unterstützungskampagne für Betroffene	19
Wohngeld – Checken und beantragen	20
Thomas Ehrhorn, MdB – zu „LSBTIQ“	
Krank, überflüssig und schädlich	21
Broschüre: Rechte Soldat:innen und ihre Netzwerke	23
Ausstellung zur Geschichte der Gedenkstätte Belsen	24
Die neue Sehnsucht nach der starken Hand	26
Neues in der StaBi / Nobelpreisträger:innen	27
Aufruf zur Osteraktion in Unterlüß am 8. April	28
WO SEID IHR ALLE? - Eine lokale Befragung	29
Veranstaltungen & Leserbrief	30
Kino 8 ½ und Termine	35



Liebe Lesende,

vorab mal: Wir verändern unseren Rhythmus. Statt fünf Ausgaben pro Jahr gibt's künftig vier – und zwar in den Monaten Februar, Mai, August und November. Das hat zwei Gründe: Zum einen sind die Spendenzuflüsse nicht hinreichend, zum anderen verlängern wir so unsere „Faulheits“-Phasen. - Da unser Blatt in der Regel keinen intervenierenden, sondern eher reflektierenden und informierenden Charakter hat, wird die Weltrevolution daran hoffentlich keinen Schaden nehmen.

Das Foto auf der Titelseite zeigt eine Straße am Rheinmetall-Gelände in Unterlüß und kommt von Matze Schmidt (s. auch S. 18). Es spiegelt ein bisschen unsere „Stimmung“. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass Russland einen derart sich entgrenzenden Okkupationskrieg gegen die Ukraine beginnen würde. Was hierzulande unter anderem dazu führt, dass Rheinmetalls Gewinne und Börsenkurse „durch die Decke“ schießen. Und der durch die vergleichsweise erfolgreiche Kampagne „Rheinmetall entwarnen“ eingetretene Imageverlust „unserer“ Rüstungsschmiede hat sich gedreht.

Immerhin ist zwischenzeitlich wieder eine Mehrheit gegen die Lieferung schwerer Panzer an die Ukraine und findet, die Bundesregierung solle mehr auf Diplomatie setzen. (Leider wissen wir, dass die Gründe für dieses Umfrageergebnis in vielen Fällen nicht unsere sind.)

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint im Februar, Mai, August und November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Klimaschutz – Landkreis startet endlich durch

In der letzten Wahlperiode tat sich im Landkreis Celle unter dem alten Landrat Wiswe in Sachen Klimaschutz wenig. So wurde z.B. ganz selbstverständlich die Neuananschaffung von Dieselnissen durchgewunken oder beim Neubau von Schulen nicht auf höchste Energiestandards gedrungen. Doch im 2021 neugewählten Kreistag bildete sich ein Bündnis „Gemeinsam für Fortschritt“, das sich explizit für Maßnahmen zum Klimaschutz einsetzen will. Das führte nicht nur zur Einrichtung eines neuen Ausschusses für Mobilität, Gebäudewirtschaft und Klimaschutz und der Berufung eines Vertreters der Celler Klimaplattform als beratendes Mitglied. Gleich in den ersten Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse zeigte sich, dass auch die Verwaltung und der neue Landrat Axel Flader beim Klimaschutz mitziehen.

Inzwischen wird zügig an der Erstellung einer Treibhausgasbilanz (THG-Bilanz) und eines Klimaschutzkonzepts gearbeitet. Und auch bereits bei laufenden Projekten wurden erste klimagerechte Maßnahmen umgesetzt. Allerdings muss angemerkt werden, dass der Kreis in Sachen Klimaschutz nur in seinen eigenen Liegenschaften und nur innerhalb gesetzlich vorgegebenen Kompetenzbereichen tätig werden darf. Er kann z.B. den einzelnen Kommunen keine Vorgaben machen und ist auch bei der Unterstützung der einzelnen Kommunen beim Klimaschutz gesetzlich sehr eingeschränkt.

Fortschritte im Bau und bei Dach-PV

Neue Gebäude des Landkreises, vor allem Schulen – wie z.B. der Neubau des *Gymnasiums in Hambühren* – werden in Zukunft nach hohem Energiestandard EH 40 und in Kombination mit PV-Anlagen und Wärmepumpenheizung errichtet. Auch wenn diese Häuser nicht den Passivhaus- oder Plusenergiehaus-Standard erreichen, werden sie bei Fremdbezug von grünem Strom klimaneutral sein. Zukünftige Gebäude sollen sogar Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung bekommen.

Die Mehrheit der Politik und die Verwaltung sind sich einig, dass Klimaschutz etwas kosten darf und muss und „Wirtschaftlichkeit“ nicht nur kurzfristig gesehen werden darf. Auch bei der Sanierung von Schulen wird inzwischen verstärkt auf Senkung des Wärmeenergieverbrauchs geachtet, doch stößt man hier oftmals an irrsinnige Vorgaben des Denkmalschutzes. So dürfen z.B. in der *Altstädter Schule* oder bei der Sanierung des Schulkomplex in der Bahnhofstraße keine besser isolierten Fenster eingesetzt werden. Auch beginnen beim klimagerechten Bauen die extrem gestiegenen Baukosten bei gleichzeitig gestrichener oder reduzierter staatlicher Förderung als Bremse zu wirken. In Hambühren z.B. konnte aus Kostengründen nicht die eigentlich energetisch optimale Erdsonden-Wärmepumpe eingesetzt werden (statt-

dessen Luftwärmepumpen und Holzpellet-Kessel), und die Sanierung des *Schulzentrums an der Burgstraße* kann statt 2023 erst 2024 erfolgen.

Begrenzte Fortschritte beim ÖPNV

Nachdem sich der Landkreis ein kompetentes Gutachten machen ließ, soll nun ab 2025 beginnend mit mindestens 25 Bussen auf Elektroantrieb umgestellt, so dass bis 2035 bei den Bussen der E-Antrieb voraussichtlich 80 % erreicht wird. Auch das Angebot soll attraktiver werden: So wird gerade der Abendbetrieb auf den Linien 600 und 800 ausgeweitet und ein erstes On-Demand-Verkehrprojekt in Lachendorf und Flotwedel gestartet.

Doch noch krasser als bei den Gebäuden zeigt sich im Bereich ÖPNV die Diskrepanz zwischen den Erfordernissen einer Verkehrswende und den Möglichkeiten ihrer kommunalen Umsetzung. Wie auch ein von der Verwaltung veranstalteter Workshop zu „Mobilität im Klimaschutzkonzept“ zeigte, liegt der Endenergieverbrauch für Verkehr im LK Celle mit 26 % (nach den Haushalten mit 46 % für Strom und Wärme) und mit ca. 34 % der THG-Emissionen an zweiter Stelle. Deshalb waren sich fast alle Teilnehmenden des Workshops einig, dass eine für den Klimaschutz und die Energiewende wirksame Verkehrswende eine weitgehende Abkehr vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) bedeutet.

Dafür müsste aber der Busverkehr eine wirklich flächendeckende und eng getaktete Versorgung aller Gemeinden bieten, ergänzt durch On Demand in Gebieten und zu Zeiten, wo Regelbetrieb nicht sinnvoll ist. Denn nur ein gut nutzbares Angebot schafft auch die Nachfrage. Solange z.B. die Fahrt zum Arbeitsplatz von Langlingen nach Celle mit dem ÖPNV täglich bis zu dreieinhalb Stunden dauert statt einer Stunde mit dem PKW, wird es nichts mit der Verkehrswende.

Zwar fordert auch die Bundes- und Landespolitik die Verkehrswende und die Stärkung des ÖPNV, ohne jedoch die dafür erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel



bereitzustellen. Immerhin stellt der Landkreis Celle nun eine zusätzliche Fachkraft ein, die sich explizit um die Verkehrswende kümmern soll.

CO₂-Bilanz und Minderungsziele

Im Klimaschutzausschuss wurde im November eine Energie- und CO₂-Bilanz mit Potenzialanalyse und Szenarien durch das Gutachterbüro *e4 Consult* vorgestellt. Mit ca. 3,8 Terrawattstunden (TWh) pro Jahr ist der gesamte Landkreis Celle – alle Kommunen, Unternehmen und Privathaushalte – mit ca. 0,15 % am deutschen Gesamtenergieverbrauch beteiligt. Bezüglich der Treibhausgasbilanzen in (CO₂-Äquivalenten) werden 41 % des THG durch Erdgas, 34 % durch Treibstoffe (Benzin und Diesel), 12 % durch Heizöl und 10 % durch das im Strommix enthaltene THG erzeugt.

Heizen und Verkehr sind also die größten Hebel auf dem Weg zu THG-Null. Angesichts der geringen Zahl energieintensiver Industriebetriebe im Landkreis liegt der Anteil der privaten Haushalte am Energieverbrauch (46 %) dadurch deutlich über Bundesdurchschnitt (29 %). Interessant ist auch, dass die THG-Emission sich pro Kopf mit 4,8 t/a im Landkreis Celle über 50 % unter Bundesdurchschnitt bewegen. Das liegt daran, dass der im Landkreis erzeugte Strom (vor allem durch Windkraft- und Biogasanlagen) zu 79 % aus Erneuerbaren besteht. Das ist aber eine rein rechnerische Größe. Solange dieser vor Ort erzeugte Strom nicht direkt zum billigen CO₂-freien Heizen mit Wärmepumpen genutzt wird, fließt er eben in den gesamtdeutschen Strommix ein und wird teuer verkauft.

Als Minderungsziele beim Energieverbrauch gibt das Gutachten für den Landkreis Celle in der Summe über alle Sektoren 46 % an. Das entspricht bezogen auf den gesamtdeutschen Endenergieverbrauch Szenarien wie denen von AGORA oder dem Fraunhofer Institut, die eine Halbierung des heutigen Verbrauchs für erforderlich halten.

Nicht nachvollziehbar in dem Gutachten von *e4 Consult* ist, dass das Minderungsziel bei den Sektoren Haushalt (-35 %) und Industrie (-23 %) sehr niedrig ausfällt und nur beim Verkehr (-73 %) in etwa dem AGORA-Szenario entspricht. Das zielt bei Gebäudewärme auf Einsparungen von 80 % und bei Industrie von 50 %.

Dem scheint die falsche Annahme vorauszugehen, dass auf Grundlage der vergleichsweise geringen 4,8 t/a Pro-Kopf-Emission nur jeweils ca. die Hälfte pro Sektor einspart werden müsste. Richtig ist dagegen: Für jeden Sektor gelten deutschlandweit energetisch dieselben Einsparziele, und bei den THG-Emissionen müssen wir überall auf Netto-Null kommen.

Der Energieverbrauch der landkreiseigenen Liegenschaften liegt bei ca. 32,6 GWh pro Jahr, wovon knapp 80 % auf Schulen und ihre Sportstätten entfallen. Dies ist genau der Bereich, in dem der LK bereits begonnen hat, systematische Einsparungen vorzunehmen. Bei den Ziel-

vorgaben werden je nach Gebäudetyp Energieeinsparungen zwischen 34 % und 56 % vorgeschlagen. Damit würden Verbrauchswerte von gut 50 kWh/m²a bis knapp 70 kWh/m²a erreicht, aber nicht die in bundesweiten Szenarien angepeilte Marke von 40 kWh/m²a.

Klimaschutzkonzept bis Juli

In einem Workshop „Erneuerbare Energien“ zum Klimaschutzkonzept für den Landkreis Celle wurden die bereits oben erwähnten Daten zum Endenergieverbrauch im LK Celle vorgestellt. Der Zeitplan sieht jetzt eine Fertigstellung des Klimaschutzkonzepts inklusive Maßnahmenkatalog bis Ende Juli vor. Auch wenn die vorgestellten Daten zum Ist-Stand bei Energieverbrauch und THG-Emissionen z.T. noch nicht konsistent waren, wirkt sich dies letztlich nicht entscheidend auf die erforderlichen Maßnahmen aus. Denn überall in Deutschland und deshalb auch im LK Celle müssen die THG-Emissionen auf Netto-Null gesenkt werden, egal wie groß sie heute wo auch immer sind. Und das heißt auch für die Energieversorgung: Sie wird zu ca. 95 % über regenerativen Strom erfolgen müssen (und selbst, wo Wasserstoff zum Einsatz kommt, muss er aus grünem Strom erzeugt sein).

Aktuell wird der Stromverbrauch im LK zu 70 Prozent durch Wind und PV abgedeckt und 7 % durch Biomasse (5 % Biogas und 2 % Holz). Abgesehen davon, dass Biomasse bis 2045 keine Rolle mehr spielt, müssen wir also zum einen auf 100 % erneuerbaren Strom kommen. Aber wir müssen ja auch den gesamten fossilen Energieverbrauch für Heizung und Verkehr durch hier produzierten erneuerbaren Strom ersetzen. Und das heißt: Bezogen auf den heutigen Strombedarf müsste sich die Erzeugung durch Wind und PV verdoppeln.

Und wie der Workshop zeigte, stehen die Bewerber für Freiflächen PV-Anlagen und neue Windenergieanlagen im LK bereits Schlange. Doch der grüne Landesminister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Christian Meyer, der den Zubau von LNG-Terminals innerhalb von drei Monaten bejubelte, gibt den Landkreisen und Kommunen für die „beschleunigte“ (!) Ausweisung von WEA-Flächen erstmal vier Jahre Zeit.

Im Gegensatz zu größeren Dachanlagen, wo „nur“ veraltete Bebauungspläne, Einspeiseprobleme ins Stromnetz und der Denkmalschutz bremsen können, ist ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Fläche des LK deshalb äußerst ungewiss.

Quellen:

Klimaschutzkonzept für den Landkreis Celle / - Energie- und CO₂-Bilanz - Potenzialanalyse und Szenarien / Dipl.-Ing. Dedo von Krosigk, e4-Consult

Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut (2021): Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann - im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende

Bisherige Unterbewertung wird offensichtlich

Nichts bei Hartz IV hat von Beginn an für mehr Widersprüchen und Klagen geführt wie die Regelung der „Kosten der Unterkunft“. Das „Bürgergeld“ reformiert da nichts. Ja, zuletzt war die Übernahme von Miete, Heiz- und Nebenkosten wieder Gegenstand in der „Arbeit lohnt sich nicht“-Debatte. Doch die dabei vorgetragene Behauptung, wonach „dann auch noch“ die Wohnkosten komplett übernommen würden, stimmt so nicht. Übernommen werden die „angemessenen Kosten“. Und das bedeutet mindestens zweierlei: Als angemessen betrachtet werden nur Mieten im unteren Wohnungsmarktsegment, und – wer bei einer auch nur geringfügig über den erlaubten Grenzen liegenden Miete nicht in eine billigere Wohnung umzieht, hat den darüber liegenden Anteil selbst zu tragen.

750 Haushalte mit Wohnkostenlücke

Und das trifft nicht einige wenige. Im Juli 2022 hatten im Bereich des Jobcenter Celle 12,7 % der „Bedarfsgemeinschaften“ eine Wohnkostenlücke. Das waren 750 Haushalte, die durchschnittlich 93 Euro aus ihrer Regelleistung zuschießen mussten. So jedenfalls die Auskunft der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke (DS 20/3018).

Besonders betroffen waren dabei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, darunter Alleinerziehende. In dieser Gruppe hatten 346 Haushalte eine Wohnkostenlücke, das sind 16,1 %. Durchschnittliche Differenz zur als angemessen betrachteten Miete: 105 Euro – im Monat. Das Problem ist keine Celler Besonderheit. Aber: In 33 von 45 Jobcentern in Niedersachsen war diese Differenz geringer.

Dabei wurde, als im November die Firma „Analyse & Konzepte“ Im Sozialausschuss des Kreistags die ab 2023 gültige neue Mietwerttabelle vorstellte, behauptet: Ein Ziel sei, dass Überschreitungen die Ausnahme bilden. Jeder sechste Haushalt mit Kindern sind aber kaum eine Ausnahme.

Bei großen Haushalten 23 % mehr

Seit Jahresbeginn gilt im Landkreis Celle also eine neue Mietwerttabelle für Transferleistungs-Empfänger:innen, das betrifft das Bürgergeld (SGB II), die Grundsicherung im Alter (SGB XII) und das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Der Grenzwert, bis zu dem Mieten als „angemessen“ gelten, verändert sich nach oben – zum Teil erheblich.

Die Tabelle unten rechts zeigt die Werte für die Stadt Celle – links die Haushaltsgröße, dann die Entwicklung der jeweiligen Beträge der Obergrenze der Bruttomiete seit 2019. Bruttomiete bedeutet: Grundmiete inklusive

Nebenkosten ohne Heizkosten. Die Heizkosten werden zusätzlich in angemessenem Rahmen erstattet.

Die Erhöhungen bei Haushalten bis zu vier Personen liegen bei 6 - 11 % im Vergleich zu 2021. Insbesondere bei Haushalten ab fünf Personen werden sich vorhandene Wohnkostenlücken in relevantem Umfang schließen. Hier liegt die Anpassung der Werte bei rund 23 % gegenüber 2021. Hier liegt ein Skandal verborgen, der nicht zu einem werden wird. Denn was heißt das? Mindestens in den letzten beiden Jahren gab es offensichtlich eine dramatische Unterbewertung. Und genau das dürfte in vielen Fällen zu den Erstattungslücken geführt haben.



Foto: Campact / CC BY-NC 2.0

Angemessen oder nicht

Über die Frage der Angemessenheit entscheidet in Celle die Kreisverwaltung. Sie ist beim „Jobcenter im Landkreis Celle“ für die „Kosten der Unterkunft“ zuständig, während die Agentur für Arbeit mit den Arbeitsmarktaspekten befasst ist. Grundlage der Entscheidung über die Angemessenheit ist ein Wohnungsmarktgutachten (oder früher: Mietwertgutachten), das alle vier Jahre neu aufgestellt wird – mit einer zwischenzeitlichen Anpassung der Sätze nach zwei Jahren.

Wer erstmals Hartz IV oder jetzt das Bürgergeld bekommt, erhält die ersten sechs Monate die Miete in vollem Umfang erstattet. Liegt diese allerdings über den jeweiligen Grenzwerten erfolgt danach eine Kostensenkungsaufforderung.

D.h.: Betroffene sollen sich eine günstigere Wohnung suchen – oder die Erstattung wird auf die Höhe des Grenzwerts

HG	ab 2023	ab 2021	ab 2019
1	417	392	380
2	467	423	410
3	574	516	501
4	646	590	573
5	775	627	608
6	856	693	672
7	938	759	736
8	1019	825	800
9	1101	891	864
10	1182	957	928

reduziert. (Ausnahme: Es kann der Nachweis geführt werden, dass es nicht möglich war, eine billigere Wohnung anzumieten.)

Lücken müssen „gestopft“ werden

Die Lebensverhältnisse der Betroffenen können im Einzelfall zwar berücksichtigt werden. Argumente wie beim Umzug erforderliche Kita- oder Schulwechsel finden aber in der Regel keine Berücksichtigung. Genauso wenig spielt eine Rolle, wie lange die Betroffenen schon in ihrer Wohnung leben. Und so entstehen Situationen, in denen Betroffene lieber die Wohnkostenlücke in Kauf nehmen, als sich eine billigere Wohnung zu suchen.

Aber diese Lücke muss gestopft werden. Wo kein zusätzliches Einkommen vorhanden ist, geschieht dies aus der als Existenzminimum geltenden Regelleistung. Die beträgt seit Jahresbeginn 502 Euro im Monat bei Alleinstehenden, 451 Euro pro Person bei einem Paar. Bei Kindern liegen die Sätze bei 318 Euro (für Kinder unter 6 Jahren), 348 Euro (bei Kindern von 6 bis 14 Jahren) und bei 420 Euro (für Jugendliche ab 14 Jahren).

In einer unbekanntem Zahl von „Fällen“ dürfte es sogenannte „Aufstocker:innen“ treffen. Das sind Menschen, die ein Erwerbseinkommen haben, das aber so niedrig ist, dass sie sogenannte aufstockende Leistungen

HG	TG 2	TG 3
1	403	387
2	459	429
3	539	477
4	640	549
5	687	593
6	760	656
7	832	718
8	904	780
9	977	843
10	1049	905

beziehen können. Hier gibt es Freibeträge: Erwerbseinkommen bis 100 Euro pro Monat werden nicht auf das Bürgergeld angerechnet. Für den Zuverdienst zwischen 100 und 520 Euro pro Monat bleiben 20 % anrechnungsfrei. Zwischen 520 und 1.000 Euro werden 30 % des Erwerbseinkommens nicht angerechnet.

BSG verlangt „schlüssiges Konzept“

Viele Streitfälle rund um die Frage der „Angemessenheit“ sind in den vergangenen Jahren beim Bundessozialgericht (BSG) gelandet, so dass es weitreichende Vorgaben gibt. Von den Kostenträgern verlangt das BSG ein „schlüssiges Konzept.“ Für Celle erstellt dies seit längerem die Hamburger Firma Analyse & Konzepte.

Auf Grundlage einer Auswertung von Bestands- und Neuvertragsmieten werden in einem ersten Schritt sogenannte Vergleichsräume gebildet. In Celle sind das drei: die Stadt Celle, dann das Teilgebiet 2 mit den südlichen Gemeinden Wietze, Winsen, Hambühren, die Samtgemeinden Flotwedel und Lachendorf. Die restlichen Gemeinden im Norden sind das Teilgebiet 3 (neue Mietobergrenzen siehe Tabelle links.)

In einem zweiten Schritt wird das „untere Segment“ ermittelt. Vereinfacht so: Es wird die Anzahl der Haushalte ermittelt, die Transferleistungsempfänger:innen

und Geringverdiener:innen sind. Das Gutachten kommt auf 23 %. Und die sollen sich im Prinzip dann bitte auch im unteren Viertel des Wohnungsmarkts tummeln. Weiter wird berücksichtigt – behauptet das Gutachten –, dass die Wohnungen auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Auftraggeber nicht ohne Interessen

Grundsätzlich problematisch ist die Konstellation hinsichtlich des Auftraggebers des Gutachtens. Dies ist der Landkreis Celle. Da er 30 % der anfallenden Kosten der Unterkunft aus seinem Haushalt zu tragen hat, ist halt jeder Euro bei den Mietobergrenzen für ihn 30 Cent wert. Und das weiß auch der Auftragnehmer.

Die Differenz von tatsächlichen und anerkannten Kosten der Unterkunft beliefen sich am 30.06.2022 in der Summe für den Bereich des Jobcenter Celle auf immerhin 836.126 Euro – im Monat.

Heizkosten – auch hier gibt’s Lücken

Bezüglich der Heizkosten wird grundsätzlich auf Höchstwerte des bundesweiten Heizspiegels zurückgegriffen. Aber auch das heißt nicht, dass immer alles erstattet wird. Bei den Heizkosten wurde insgesamt 252 Haushalten nicht die vollen Heizkosten erstattet - das waren 5,4 % der Bedarfsgemeinschaften. Der Differenzbetrag betrug durchschnittlich 121,55 Euro (in der Summe 92.846 Euro). Ob die dramatisch gestiegenen Heizkosten künftig zu Problemen bei der Erstattung führen, wird sich zeigen. Insbesondere vielleicht dort, wo das 20 %-Einsparziel nicht erreicht wird, also der „Deckel“ aufgemacht worden ist.

Klimabonus öffnet Marktsegment

Neu eingeführt wurde der sogenannte „Klimabonus“. Dabei geht es um Szenarien, wo die Bruttokaltmiete über den „erlaubten“ Grenzwert liegt, die Wohnung aber energetisch saniert ist, also weniger Heizkosten braucht.

Beispiel: Für einen 1-Personen Haushalt in der Stadt Celle gilt ein Richtwert von 417 Euro. Die 49 m²-Wohnung kostet aber 430 Euro, ist also nicht „angemessen“. Da aber der Endenergieverbrauchswert im Energieausweis beispielsweise unter 85,0 kWh/(m²*a) wird ein Bonus von 0,35 Euro/m² gewährt; in der Summe 17,15 Euro. Damit würde die volle Bruttokaltmiete erstattet.

Der Klimabonus geht schrittweise bis zu 0,69 Euro/m² bei Wohnungen mit einem Energiewert unter 25,0 kWh/(m²*a). Immerhin 263 von 1599 Wohnungen, die Analyse & Konzept ausgewertet hat, hatten einen Energieverbrauch von unter 30 kWh/m²*a. Aber 1049 der erfassten Wohnungen lagen außerhalb der Klimabonus-"Chance".

Diese Regelung öffnet immerhin ein bisher oft problematisches Segment, nämlich das der energetisch guten Neubauwohnungen der „allerland GmbH“.

Quelle: https://www.landkreis-celle.de/media/custom/3314_1838_1.PDF?1670581223

Wohnraum 2040 – nur Ersatzbedarf in Celle

Bei einem scheint sich die Mitte-Links-Parteienlandschaft einig zu sein: mehr sozialer Wohnungsbau. Was im unhaltbaren Ziel der Ampel-Regierung mündete, den Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr hinzubekommen. Die ökologische Linke hat damit ein Problem: Bezahlbarer Wohnraum ja, Neubau nein. Und im wirklichen Leben werden für Vermögende und Bestverdiener-Haushalte Einfamilienhausgebiete ausgewiesen und Eigentumswohnungen fertiggestellt, die sich die „hart arbeitende Mittelschicht“ nicht leisten kann.

Ein „Wohnraumversorgungskonzept für den Landkreis Celle“, erstellt von der Hamburger Firma GEWOS, bietet jetzt eine Datenbasis für die politische und gesellschaftliche Diskussion. Die Empfehlungen werden insbesondere dem Celler Oberbürgermeister Nigge gar nicht gefallen. Seine sogenannte „Wohnungsbau-Offensive“ im Eigenheim-Sektor schießt weit übers Ziel hinaus. Und dabei berücksichtigt das Gutachten ökologische Aspekte nur am Rande. Wir stellen wesentliche Eckpunkte vor.

Welcher Wohnraumbedarf entsteht bis 2040 im Landkreises Celle?

Bestimmen lässt sich dies vor allem aufgrund einer Prognose zur Entwicklung der Zahl der Haushalte. (Dass ereignisbedingte Veränderungen, z.B. durch Kriegs- und/oder Klimaflüchtlinge, da nie einfließen, sei nur als Fußnote angemerkt.) Das Ergebnis dürfte Wachstumsfestschist:innen enttäuschen.

Bis zum Jahr 2030 soll danach die Bevölkerung jährlich um rund 250 Personen wachsen, in den zehn folgenden Jahren beläuft sich der mittlere Anstieg auf rund 120 Personen – im gesamten Landkreis. Der größten prozentualen Bevölkerungszuwachs bis 2024 wird für die Gemeinde Hambühren mit rund 1.400 Personen (+12,9 %) prognostiziert, gefolgt von den Gemeinden Wietze (+8,4 %) und Winsen (+5,3 %). Bevölkerungsanstiege werden auch für Lachendorf (+3,8 %), Bergen und Wathlingen (je +2,0 %), Flotwedel (+1,6 %) sowie Faßberg (+1,3%) erwartet. Bevölkerungsrückgänge werden dagegen für Eschede (-2,8 %) und Südheide (-1,0 %) ausgewiesen. Auch in der Stadt Celle (-0,3 %) wird sich die Bevölkerung leicht rückläufig entwickeln und im Jahr 2040 auf einem ähnlichen Niveau sein wie heute. Die Haus-

haltszahlen würden sich – prozentual jeweils leicht höher – ähnlich entwickeln. Für die Stadt Celle wird ein Rückgang um 0,9 % prognostiziert.

Für alte Wohnungsbestände stelle sich – so die Gutachterinnen – die Frage, ob sich Sanierungsmaßnahmen „lohnen“ oder der Ersatz-Neubau die „wirtschaftlichere“ Alternative ist. Und so entstehen sogenannte Ersatzbedarfe, also für jede durch Abriss verwindende Wohnung soll eine Neubaubehaltung her. (Dass deren Zahl abhängig ist von Förderprogrammen und auch gesellschaftlichen Vorstellungen, z.B. ökologischem Bewusstsein, spielt für die Prognose kaum eine Rolle.)

So ergibt sich z.B. für die Stadt Celle aufgrund der Haushaltsprognose zwar kein Neubaubedarf, aber aufgrund eines hohen Ersatzbedarfs müssten in der Stadt Celle bis zum Jahr 2040 rund 670 Wohnungen errichtet werden. Für die übrigen Gemeinden gibt die Tabelle unten rechts Auskunft. Unterm Strich ergeben sich 4.050 Neubaubedarfe bis 2040, davon Ersatzbedarfe (rd. 2.260) und Zusatzbedarfe (rd. 1.790). Der vergleichsweise niedrigste quantitative Bedarf entsteht zwischen 2025 und 2030 mit rund 800 Wohneinheiten, der größte Bedarf mit rund 1.310 Wohneinheiten im Zeitraum von 2035 bis 2040, da sich in diesem Zeitraum insbesondere auch die Ersatzbedarfe in der Stadt Celle zeigen.

Und was soll gebaut werden?

81 % der zu errichtenden Wohnungen sollen als Ein- und Zweifamilienhäusern entstehen. Lediglich jede fünfte Wohnung wäre entsprechend im Rahmen von Mehrfamilienhäusern zu planen. Aber: Den höchsten Anteil an Neubaubedarfen im Segment der Mehrfamilienhäuser

Tabelle 5: Quantitative Neubaubedarfe 2040 untergliedert in Ersatz- und Zusatzbedarfe

Die Kommunen mit erforderlichem quantitativen Neubaubedarfen sind grün eingefärbt, die ohne quantitativen Neubaubedarfen sind in schwarz dargestellt.

Kommune	Insgesamt	davon Ersatzbedarf	davon Zusatzbedarf
Bergen	170	170	0
Celle	670	670	0
Faßberg	100	100	0
Hambühren	740	190	550
Wietze	540	140	400
Winsen	590	250	340
Eschede	20	20	0
Südheide	0	0	0
Flotwedel	300	200	90
Lachendorf	560	230	320
Wathlingen	370	280	90
Lohheide	0	0	0
Landkreis Celle	4.050	2.260	1.790
<i>Summe positiver Neubaubedarfe</i>			

weist die Stadt Celle auf (53 %), wobei es sich ausschließlich um Ersatzbedarfe handelt.

Aber es geht ja nicht nur um Wohnraum, sondern auch um bezahlbaren Wohnraum. Wie äußert sich das Gutachten dazu?

„Die Wohnungsmarktsituation hat sich im Landkreis Celle in den vergangenen Jahren angespannt. Vor diesem Hintergrund ist die Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Wohnraum für einkommensschwache Haushalte, die auf dem freien Wohnungsmarkt nur unter Schwierigkeiten Wohnungen erhalten können, ein zentrales Element einer ausgewogenen Wohnungsmarktsteuerung. Dem Segment der öffentlich geförderten Wohnungen kommt daher eine hohe Bedeutung zu.“

Doch die Entwicklung ist gegenläufig. „Das Angebot an geförderten Wohnungen ist im Landkreis von 917 im Jahr 2011 um 46 % auf 498 im Jahr 2021 zurückgegangen, obwohl in dem Zeitraum insgesamt 68 Ersatzwohnungen für ausgelaufene Bindungen geschaffen wurden. Von den 498 Wohnungen im Jahr 2021 ist der weit überwiegende Teil (347 Wohnungen) in der Kreisstadt Celle verortet, gefolgt von den Gemeinden Eschede (38) und Wietze (32). Ohne die Neuschaffung von gefördertem Wohnraum wird die Zahl der geförderten Wohnungen durch das Auslaufen weiterer Sozialbindungen bis 2030 deutlich abnehmen. In der Kreisstadt Celle würde sich der Bestand in 2030 um knapp ein Viertel (22 %) reduzieren.“

Für die Gutachterinnen folgt daraus, dass insbesondere in den Gemeinden mit einer positiven Haushaltsprognose das Angebot an gefördertem Wohnraum aufgestockt werden muss, „da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die steigenden Haushaltszahlen lediglich aus einem Anstieg finanzstarker Haushalte resultieren.“ So weisen die Gemeinden im Südwesten (Wietze und Hambühren) einen hohen Bedarf an gefördertem Wohnraum auf. Für die Nachbargemeinden Winsen und Celle sowie die Gemeinden Lachendorf, Flotwedel und Wathlingen wird ein mittlerer Förderbedarf identifiziert, wogegen die Gemeinden im Norden des Landkreises einen geringen Förderbedarf aufweisen.

Die Handlungsempfehlungen sind nicht gerade ambitioniert, insbesondere weil ökologische Gesichtspunkte kaum eine Rolle spielen:

- Prüfung von Ersatzneubau gegenüber (kostenintensiveren) Sanierungsmaßnahmen
- Ersatzneubau in höherer Dichte
- Nachverdichtung/Baulückenprogramm auch zur Stärkung bestehender Siedlungsräume
- Bereitstellung zusätzlicher Flächen (gemischte Quartiere aber insbesondere Eigenheime in verdichteter Bauweise)
- Barrierearme Wohnungen auch zur Förderung des Generationenwechsels und als Alternative zum Eigenheim
- Jung kauft Alt.



Interessant: „Jung kauft Alt“

In der Celler Diskussion hat ein entsprechender Vorschlag der Fraktion „Die Linke/BSG“, 2017 eingebracht, von der Verwaltung abgelehnt worden. Vielleicht sollte die „Fraktion für Vielfalt und Nachhaltigkeit“ vor dem Hintergrund des Gutachtens ein solches Programm erneut beantragen. Worum geht es?

„Die Modernisierung von älteren Eigenheimen erfolgt oftmals bei Eigentümerwechsel. [...] Allerdings bestehen oftmals Vorbehalte gegenüber Bestandsobjekten. Viele Eigentümersbildner können nicht abschätzen, welche Kosten für die Sanierung und Modernisierung des Bestandsgebäudes bestehen und greifen daher lieber zu einem Neubauobjekt. Ziel sollte es daher sein, Hemmschwellen beim Ankauf von Bestandsobjekten abzubauen. [...]

In einigen Kommunen in Deutschland wurde das Förderprogramm „Jung kauft Alt“ initiiert. Ziel ist es, einen Überhang an Altimmobilien auf den Wohnungsmarkt zu verhindern. Um die Nutzungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Umbau- und Sanierungskosten von Bestandsimmobilien fachkundig abschätzen zu lassen, fördert die jeweilige Gemeinde die Erstellung eines Altbaugutachtens. Im Rahmen des Programms wird die Ortsbegehung, Bestandsaufnahme, Modernisierungsempfehlung und Kostenabschätzung bezuschusst. Darüber ist es sinnvoll, den älteren Ein- und Zweifamilienhausbestand so zu vermarkten, dass dieser Wohnungsbestand auch für junge Familien interessant wird.“

Quelle: Wohnraumversorgungskonzept für den Landkreis Celle, von GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH, Hamburg --- Eine Präsentation findet sich im Bürgerinformationssystem des Landkreises zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur, Tourismus und Digitalisierung vom 01.09.2022.

Als Zusatzinformation wollen wir empfehlen den Aufsatz "Umverteilung statt Neubau. Skizze einer sozialökologischen Wohnungspolitik"; siehe: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/bauen-und-wohnen-2022/>

Kreis: Trendwende beim Klimaschutz

Das Ergebnis der Kommunalwahlen vor gut einem Jahr hat im Kreistag für neue Mehrheitsverhältnisse gesorgt. Die „Gruppe für Fortschritt“ hat 32 von 59 Sitzen, neben den Ampel-Parteien gehören Abgeordnete der Wählergemeinschaft sowie Einzelabgeordnete von Die Linke, Die Partei und der Christlich Demokratischen Wählergemeinschaft (CDW). Wir haben Reinhard Rohde (Die Linke) einige Fragen zur Bilanz des ersten Jahres gestellt.

?: *Viele werden ein bisschen überrascht gewesen sein, als z.B. CelleHeute titelte „Lob von ganz links“. Das bezog sich auf eine Passage deiner Landtagsrede in Bezug auf den Landrat Axel Flader.*

!!: In meiner Rede zum Haushalt habe ich die Trendwende in Sachen Klimaschutzpolitik hervorgehoben, die sich z.B. im Stellenplan und in Investitionsmaßnahmen spiegelt. Habe dann aber eingeräumt, dass das nicht allein der neuen Mehrheit geschuldet ist, sondern auch Axel Flader, der bekanntlich ein CDU-Parteibuch hat, daran einen Anteil hat.

?: *Kannst du das mal konkretisieren?*

!!: Die Kreisverwaltung unter dem alten Landrat Wiswe hat, begleitet von einer Mitte-Rechts-Mehrheit, Klimamaßnahmen im besten Fall mit Blick auf die eigenen Liegenschaften gemacht und das immer noch abhängig vom Faktor „Wirtschaftlichkeit“. Und alles, was darüber hinaus seit über 10 Jahren von z.B. B'90/Die Grünen und Die Linke eingefordert wurde, ist abgelehnt worden. Und jetzt auf einmal läuft's. Es gibt ein beim Landrat angesiedeltes Klimaschutzreferat mit drei Stellen. Der Hochbau, wo in den nächsten Jahren einige Schulneubauten anstehen, geht energetisch in Richtung der aktuellen High-End-Standards. In Sachen Öffentlicher Nahverkehr ist eine Bereitschaft zu deutlichen Verbesserungen vorhanden. Und der Landrat mauert dabei nicht, sondern ergreift selbst Initiativen.

?: *Der Landkreis ist aus deiner Sicht also auf einem guten Weg?*

!!: Im Vergleich niedersächsischer Landkreise setzen wir uns – um mal ein Sportbild zu benutzen – gerade aus der Abstiegszone ab. Gleichzeitig hat die „Ergebnispräsentation zu Treibhausgasbilanzierung und Potentialanalyse“ zuletzt im Klimateam aufzeigt, welche gravierende Transformation vor uns liegt. Und vor allen Dingen, in welchen kurzen Zeiträumen sie gelingen muss. „Die letzte Generation“, das habe ich auch in der Kreistagsrede gesagt, sind eher nicht jene, die sich auf Straßen festkleben. Auf der kommunalpolitischen Ebene sitzt die letzte Generation gerade in den Gemeinderäten bzw. im Kreistag, die letzte Generation nämlich, der es im lokalen Verantwortungsbereich möglich ist, die Weichen dafür zu stel-

len, die für Deutschland erforderliche Treibhausgasreduzierung wenigstens für das 2-Grad-Ziel hinzubekommen. Dass ich – nicht nur global, sondern auch kommunal – mehr als skeptisch bin, will ich nicht verhehlen.

?: Die nächste große Hürde ist die Attraktivitätssteigerung beim ÖPNV, die auch noch dieses Jahr eine Hürde zu nehmen hat.

!!: Ja, es wird eine Neuvergabe erfolgen für den ÖPNV ab März 2025. Da ist dann die Frage, was sich der Kreistag leisten will. Aktuell erhöht jede Verbesserung den Zuschussbedarf. Dass das nicht so bleiben muss, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Solange der Privat-PKW nicht das alles dominierende Verkehrsmittel war, konnte der ÖPNV gewinnbringend betrieben werden. Und so surreal das heute klingen mag: In 15 Jahren müssen wir das Verhältnis auch in Stadt und Landkreis Celle wieder umgedreht haben.

?: *Noch ein kurzer Blick auf die Sozialpolitik. Gibt's Maßnahmen seitens des Kreises hinsichtlich Inflation und Energiepreise?*

!!: Positiv ist, dass für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen fünf zusätzliche Stellen geschaffen wurden. So können wir auf eine zügige Bearbeitung hoffen. Die ab Januar geltende Wohngeldtabelle bringt für große Familien eine deutliche Verbesserung, so dass sich die in vielen Fällen bestehende Kostenlücke schließen dürfte. Und es wird im Landkreis einen „Härtefall“-Fonds geben, wo aktuell aber noch nicht abschließend geklärt ist, wie er zwischen den gesetzlichen Regelungen greifen kann.

?: *Abschließend. Wie gestaltet sich für dich die Zusammenarbeit im „Klimabündnis“ und in der „Gruppe für Fortschritt“?*

!!: Vielleicht mal vorab zur Erläuterung – die Abgeordneten von B'90/Die Grünen, Die Partei und Die Linke, zusammen neun Leute, bilden die Fraktion „Klimabündnis.“ Das ist für mich der wesentliche Arbeitszusammenhang. Und da wir Bundes- und Landespolitik gänzlich außen vor lassen können – und das auch machen, ist die Zusammenarbeit sehr gut, auch weil sich wirklich viel Kompetenz versammelt, verbunden mit kommunalpolitischer „Nerd“igkeit. – Die „Gruppe für Fortschritt“ organisiert sich über die Ebene der Fraktionsvorsitzenden. Das läuft im Großen Ganzen auch rund, aber dass die WG-Fraktion sich beim Stellenplan enthalten hat, zeigt, dass es hier und da noch „Stress“ geben kann.



Entsiegelung

Die Stadtverwaltung hat ein Entsiegelungsprogramm für großräumig versiegelte Flächen entwickelt und zur Förderung eingereicht. Das wurde im Klimaschutzausschuss im November 2022 berichtet. In der im Klimaausschuss behandelten Vorlage heißt es: "Durch die teilweise Entsiegelung von Straßenzügen und Parkplatzflächen und die Pflanzung von zukunftsfähigen Bäumen in die neugeschaffene Blau-Grüne Infrastruktur soll die Anzahl der vorhandenen, lokalen Hitzeinseln im Stadtgebiet reduziert, die Biodiversität erhöht, die Grundwasserbildung gestärkt, sowie der Klimaschutz insgesamt verbessert werden. Das Entsiegelungsprogramm soll mit der finanziellen Unterstützung durch das beantragte Förderprogramm an den folgenden Standorten gestartet werden: Parkplatz an der CD-Kaserne, Kleiner Plan und Parkplatz Hermann-Billing-Gymnasium. Wesentliche Elemente der Projekte sind die Entsiegelung sowie die Begrünung und Bepflanzung mit klimaresilienten Bäumen einhergehend mit einer Entwässerung nach dem Schwammstadtprinzip."

Hintergrund ist u.a.: Im Jahr 2030 soll der Flächenverbrauch auf weniger als 30 ha am Tag liegen - so das offizielle Nachhaltigkeitsziel Deutschlands. Die letzte verfügbare Zahl aus dem Jahr 2018 weist mit 56 ha noch nahezu das Doppelte aus. Für die Stadt Celle ergibt sich daraus rechnerisch ein Ziel von 5,4 ha pro Jahr. In den letzten Jahren liegt die Stadt mit Sicherheit um einiges darüber. Das Baugebiet "Blaues Land" umfasst rund 7 ha; das Baugebiet "Im Tale" umfasst 13 ha. Die Entsiegelungsprojekte sind dagegen die berühmten "Peanuts". Aber trotzdem richtig.

Auf eine Anfrage der Fraktion für Nachhaltigkeit und Vielfalt ergänzte die Verwaltung: „Parallel zu den eingereichten drei großen Maßnahmen ist auch die Erstellung eines stadtweiten Entsiegelungskatasters zur Förderung beantragt worden. Durch das angestrebte Entsiegelungskataster sollen weitere Potentialflächen für die Entsiegelung aufgenommen und bewertet werden.“

Autoarme Innenstadt

Die „Opposition“ im Celler Stadtrat ist sich in der Tendenz einig: Die Altstadt soll hier (bei B'90/Die Grünen) ganz oder da (bei der SPD) teilweise für den PKW-Individualverkehr geschlossen werden. Konkret will B'90/Die Grünen, „dass - die Altstadt bis Ende 2024 autofrei bzw. autoarm ist. [...] - Sukzessive könnten Straßen im Inneren Ring für den PKW-Individualverkehr geschlossen werden: Kleiner Plan, Großer Plan, Hehlentorstraße, Markt, Kanzleistraße, Schuhstraße, Am heiligen Kreuz, Bergstraße [...] - Behindertenparkplätze bleiben erhalten und zugänglich.“ Die SPD will – so der Antrag –, „den Großen Plan und die Bergstraße für den Autoverkehr sperren und die Fußgängerzone entsprechend erweitern“ sowie „die Sperrung der Schuhstraße auf ganzer Länge“.

Die Antragsbegründungen ähneln sich; bei den Bündnisgrünen: „Die Celler Innenstadt muss zu einem Ort werden, an dem sich – außer schnell durchgeschleusten Bustouristen – auch die Einheimischen gerne aufhalten und flanieren. Wo

bei dann auch Angebote des Handels – i. d. R. außerhalb des Massengeschäfts – gerne genutzt werden.“ Die SPD-Ratsfraktion meint: „Der Autoverkehr entwickelt sich nicht nur zu einem Ärgernis für alle die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, auch die Gäste der Außen-Gastronomie werden von Parkplatzsuchenden und Schaufahrten durch Abgase und laute Musik belästigt. Zudem werden nicht ausgewiesene Flächen zum Parken genutzt.“



Leerstandimmobilien kulturell bespielen

Die Ratsfraktion für Nachhaltigkeit und Vielfalt hat beantragt, leerstehende Immobilien in der Altstadt Kulturszene in Celle zur Bespielung zur Verfügung zu stellen. Schöne Idee – zur Begründung heißt es: „Bei der Fachwerktriennale im September 2022 wurde überlegt, wie Leerstandsimmobilien stärker in das Blickfeld der Bevölkerung gerückt werden können, um gegebenenfalls eine Nachnutzung zu erreichen. Mit großer Mehrheit wurde die Idee aufgegriffen, Leerstandsimmobilien kulturell zu bespielen, wie es schon in anderen Städten passiert, die der Fachwerktriennale angehören. So kann einerseits eine Wahrnehmung der Räumlichkeiten erreicht werden und zum anderen die Kulturszene gefördert werden. Denn die coronabedingte Fördertöpfe laufen aus, die Kultur kämpft aber weiterhin an vielen Stellen noch massiv ums Überleben.“

Vorstellbar sind Theater- und Musikprojekte; Kunstprojekte, Lesungen, Workshops, Happenings, Kulturfeste und vieles mehr. Berücksichtigt werden sollten neben etablierten Kultureinrichtungen auch all die vielen freien Initiativen, die mit ihrem Angebot maßgeblich zum kulturellen Angebot der Stadt beitragen. - In Zeiten, in denen die Räume nicht bespielt werden, können Bildschirme in den Schaufenstern mit Hinweisen auf Kulturangebote oder mit Beiträgen zu exemplarischen kulturellen Veranstaltungen für Celles Kulturszene werben.“

Klar, das muss in Absprache mit den Besitzer:innen passieren. Und die Stadt soll die Nebenkosten sowie Versicherungen übernehmen.

Eventuell gibt es eine Behandlung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Liegenschaften am 8. Februar.

Begegnungsort für Nachbarschaft

Im Celler Stadtteil Neuenhäusern haben sich 2021 Menschen aus der Nachbarschaft zur Stadtteilinitiative „Solidarische Initiative Neuenhäusern“ zusammen getan, eine Umfrage im Stadtteil durchgeführt. Im Sommer 2021 wurden darauf bei einer selbstorganisierten Stadtteilversammlung unter anderem eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich vorgenommen hat, einen Begegnungsort für die Nachbarschaft zu finden. Nun war die Suche erfolgreich. Wir haben kurz nachgefragt:

??: *Wo befindet sich der Ort und was ist die Idee dahinter?*

!!: Der Ort ist in der Emigrantenstraße, einige kennen ihn vielleicht als ehemaliges „Le Bistro“, später „Gegen den Strich“. Wir wollen dort den vorderen Raum mieten und einen gemeinsamen Begegnungsort für Menschen aus der Nachbarschaft und weitere Interessierte schaffen. Neben regelmäßigen Aktivitäten, die von der Solidarischen Initiative Neuenhäusern organisiert werden, soll der Ort Möglichkeiten für weitere Ideen von jung bis alt bieten. Sich zu treffen, etwas gemeinsam gestalten oder lernen: Alle Ideen sind willkommen!

??: *Was steht jetzt an und wie können Leute mitmachen?*

!!: Der Raum muss noch komplett renoviert und eingerichtet werden. Dazu brauchen wir die Hilfe von vielen, egal ob mit Fachkenntnissen oder ohne. Wir wollen gemeinsame Arbeitstage organisieren. Wer Lust hat, mitzumachen oder Werkzeug verleihen kann, erreicht uns per Mail oder unter folgender Telefonnummer: 0157-53086585.

??: *Wann geht's los?*

!!: Wenn wir mit der Renovierung und dem Einrichten fertig sind, wird der Stadteilladen mit einer Eröffnungsfeier zum Leben erweckt werden. Aber einen Termin können wir noch nicht nennen.

??: *Wie finanziert sich das Ganze?*

!!: Wir suchen auch Fördermitglieder, durch deren Beiträge und weitere Spenden die Miete und Unterhaltskosten der Räumlichkeiten gemeinsam finanziert werden.

??: *Sagt nochmal, was eure Idee ist mit der Solidarischen Initiative Neuenhäusern?*

!!: Wir wollen eine solidarische Kultur schaffen, die Stimmen der Menschen in der Nachbarschaft stärken, zur Vernetzung beitragen, bei Problemen gemeinsam nach Lösungen suchen und neue Gelegenheiten für Gemeinschaft und mehr Leben im Stadtteil schaffen.

??: *Was gibt es sonst für Möglichkeiten, sich in die Stadtteilinitiative einzubringen?*

Es sind immer neue Ideen willkommen, und es gibt schon einiges, wo Leute mitmachen können. Am ersten Freitag im Monat trifft sich um 18 Uhr die Kultur-AG und um 19 Uhr gibt es den kulturellen Abend, gerade noch in der VHS, bald dann im neuen Stadteilladen. Die Ökologie-AG beschäftigt sich mit ökologischen Themen und ist z.B. auf der Suche nach einem Gemeinschaftsgarten für den Stadtteil. Auch an den Protesten zu den Fällungen in der Breiten Straße wird sich beteiligt, dazu lädt die AG am 20. Februar 17:30 Uhr zum Breite Straße Café in der VHS ein. - Außerdem gibt es regelmäßige Treffen für Frauen, Divers-Personen und Kinder. Das nächste Mal zum Brunch, am 12. März um 11 Uhr in der VHS. Es gibt auch alle drei Monate ein Info-Treffen, bei dem alle AG's und Interessierten zusammenkommen, um sich auszutauschen, einen Überblick über laufende Aktivitäten zu bekommen und über neue Ideen zu sprechen.

Kontakt:

Email: neuenhaeusen@riseup.net

Instagram: [@sineuenhaeusen](https://www.instagram.com/sineuenhaeusen) Homepage

Homepage: neuenhaeusen.noblogs.org



Keine sachliche Begründung für Fällung

Die Celler Klimaplatzform hat eine Fachaufsichtsbeschwerde gegen die Untere Naturschutzbehörde der Stadt Celle gestellt. Grund: Pflichtverletzung durch zu geringer Berücksichtigung des Naturschutzes im Falle der Linden in der Breiten Straße, nicht ausreichender Kontrolle und unzureichendem Schutz der Bäume – auch während der durchgeführten Baumaßnahmen – und möglicher Erteilung einer Genehmigung zur Fällung fast aller Bäume. Wir dokumentieren in Auszügen:

Nach wie vor hält die Celler Stadtverwaltung an ihren Plänen fest, im Zuge der Sanierungsarbeiten in der Breiten Straße möglichst viele der Alleebäume [...] zu fällen. Andernorts ist es gängige Praxis, Straßen unter Erhalt des Baumbestandes zu sanieren. Im Falle der Breiten Straße sehen wir jedoch eine Vernachlässigung der Aspekte des Natur- und Klimaschutzes im Zuständigkeitsbereich der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Celle. [...]

1. Nach N NatSchG §5 „Positivliste Landschaftselemente“ sind Alleen besonders geschützte Landschaftselemente

Dies gilt hier insbesondere, da die Breite Straße die Fuhse-Auen im Süden mit den Triftanlagen und (über die parkähnlichen Liegenschaften des Landkreises Celle) mit den Aller-Auen vernetzt und somit eine hohe ökologische Funktion in der stark zerschnittenen Stadtlandschaft wahrnimmt – Stichwort „Biotopverbund“. Mit einer Fällung der voluminösen und an kleinteiligen Rückzugsräumen reichen Altbäume wird diese Funktion auch nach einer Neupflanzung auf Jahrzehnte stark beeinträchtigt. [...]

2. Verstoß gegen DIN 18920 und RAS-LP 4, ZTV-Baumpfleger bei den vorbereitenden Suchschachtungen

Bereits bei den Suchschachtungen zur Erkundung des tatsächlichen Leitungsverlaufs wurde massiv gegen die DIN 18920 verstoßen und der Gesundheitszustand der betroffenen Alleebäume vorsätzlich oder grob fahrlässig verschlechtert. [...] Tatsächlich wurden die Arbeiten entgegen der Ankündigung (siehe 1) zum größten Teil mit Baggern durchgeführt Mindestabstände vielfach unterschritten, z.B. betrug vor Haus Nr.2 der Abstand zum Stamm (ca. 90 cm Umfang) weniger als 140 cm. Der Baum hat(te) die höchste Bewertungsklasse im Baumgutachten. [...] Zahllose Wurzeln auch über 2 cm Durchmesser wurden grob (nicht schneidend) durchtrennt und blieben unbehandelt. [...]

3. Orientierung der Planung an Park- und Verkehrsraum statt am Erhalt der Bäume/Belangen des Natur- und Klimaschutzes

[...] die Planungen [werden] nicht an einer möglichst geringen Beeinträchtigung der Alleebäume orientiert, sondern an einem möglichst umfangreich zu erhaltenden/zu schaffendem Park- und Verkehrsraum. Dabei hat die Breite Straße keine besondere Bedeutung für den inner- und überörtlichen Straßenverkehr. [...] Wichtig ist die Verkehrsführung über die Breite Straße nur für den Radverkehr durch die Anbindung an die Triftanlagen/Trift und zur Vermeidung der schlechten, gefährdenden und erheblich zu schmalen

Radwege an der Hannoverschen Straße. Der ruhende Verkehr kann ebenfalls eingeschränkt werden, da den anliegenden Unternehmen eigene Parkplätze in den Höfen zur Verfügung stehen. Auch für die Anwohnenden stehen unserer Beobachtung nach jederzeit freie Parkplätze in der Straße bereit. Somit vertritt die Untere Naturschutzbehörde in der Abwägung der verschiedenen Interessen dem Naturschutz nicht mit ausreichendem Gewicht.

4. Artenschutzgutachten

Nach unserem Kenntnisstand wurde bislang noch kein Artenschutzgutachten in Auftrag gegeben oder angefertigt (Stand November 2022). Da es dem Vernehmen nach an externen und unabhängigen gutachterlichen Kapazitäten fehlt, steht zu befürchten, dass das Artenschutzgutachten von der Unteren Naturschutzbehörde intern vergeben wird. [...] Die Untere Naturschutzbehörde scheint ihren Aufgaben in Planung, Kontrolle und Genehmigung nur unzureichend nachkommen zu können.

5. Duldung der Schädigung der Allee durch parkende Fahrzeuge

Derzeit wird regelmäßig durch schwere Kraftfahrzeuge bis knapp an die Stämme der Linden heran geparkt, was die Stadtverwaltung seit mindestens 10 Jahren duldet, ohne gegen diese Schädigung der Bäume durch die Verdichtung des Wurzelraums im Bereich der Baumscheiben vorzugehen. Nach §2 Satz 1 ist aber die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und zu verbessern, was im Falle der Breiten Straße bis heute wissentlich unterlassen und nicht kontrolliert wird.

6. Fehlgeschlagene Maßnahmen Ausgleichspflanzungen und Ersatzpflanzungen

Ausgleichspflanzungen für Bauvorhaben in der Vergangenheit sowie Ersatzpflanzungen sind in Celle oft in einem sehr schlechten Zustand [...] In diesem Zusammenhang kontrolliert die Untere Naturschutzbehörde den Erfolg der angeordneten Maßnahmen nur unzureichend. In Zeiten von Dürresommern mit Hitzewellen darf unter diesen Voraussetzungen bezweifelt werden, ob neu angepflanzte Alleebäu-



me sowie die als Ausgleich gepflanzten zusätzlichen Bäume anwachsen, die ersten Jahre überleben und je die Leistungsfähigkeit der jetzigen Allee erreichen werden.

7. Unbedingter Erhalt von Altbäumen, Zustand der Bäume lt. Baumgutachten

Von zahlreichen Expert:innen wird dringend empfohlen, Altbäume so weit es irgendwie geht zu erhalten: Diese hätten sich ihren Standort erfolgreich erschlossen und seien damit auf zukünftige weitere Belastungen vorbereitet. Jungbäume haben durch ihre noch gering ausgeprägten Wurzeln nur verringerte Möglichkeiten, Wasser- und Nährstoffvorräte zu erschließen, die sich in Dürre- und Hitzeperioden, aber auch zur Abwehr von Schädlingen und anderen Stressfaktoren benötigen. [...] Im Baumgutachten wird trotz der geringen Pflege und Erhaltungsmaßnahmen der Gesundheitszustand von 27 Alleeebäumen mit der höchsten Bewertungsklasse 0 beurteilt, 31 Bäume fallen in die Bewertungsklasse 1. Nur 10 Bäume fallen in die schlechteren Klassen 2 bis 4; elf Bäume werden als nicht erhaltungswürdig eingestuft. Es gibt also für die Allee als Gesamtes keine sachliche Begründung, der Fällung zuzustimmen.

8. Auswirkung auf das Mikroklima

So weit uns bekannt ist, wurde keine ausreichende Abwägung der verschiedenen möglichen Varianten unter Gesichtspunkten von Natur- und Klimaschutz vorgenommen. Die Kühlung und Beschattung der Bäume an warmen und heißen Tagen hat einen sehr positiven Einfluss auf das Mikroklima der Straße. Diese Funktion ist unserer Überzeugung nach höher zu gewichten als eine möglichst unveränderte oder gar vergrößerte Parkfläche für Kraftfahrzeuge oder ungehinderte Fahrt des Durchgangsverkehrs. Diese mikroklimatischen Vorzüge werden auch nicht durch den angedachten Einbau von „Schwammstadt“-Elementen in den Wurzelbereichen neuanzupflanzender Alleeebäume aufgewogen. [...]

Daraus abgeleitete Forderungen:

Aufgrund der aufgeführten Aspekte handelt es sich bei den Plänen zur Fällung von großen Teilen der Lindenallee in der Breiten Straße nach NNatSchG § 11 um einen vermeidbaren und damit unzulässigen Eingriff im Sinne des Gesetzes:

„Sind als Folge eines Eingriffs erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes zu erwarten, die nicht vermieden und nicht nach §10 ausgeglichen werden können, so ist der Eingriff unzulässig, wenn bei einer Abwägung aller Anforderungen an Natur und Landschaft untereinander die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorgehen.“

Da die genannten Begründungen allesamt bekannt sind, aber nicht zu einer wesentlichen Korrektur der Planungen beigetragen haben, sehen wir insbesondere der unter Punkt 2 und 4 und 6 ausgeführten Argumente die akute Gefahr, dass kurzfristig durch die Stadtverwaltung durch die Fällung der Linden Tatsachen geschaffen werden. Wir fordern Sie daher als übergeordnete Behörde auf, gegenüber der Stadtverwaltung die Aufgaben der Unteren Naturschutzbehörde zu übernehmen und die Belange des Natur- und Klimaschutzes angemessen im Planungsprozess und der Ausführung der Sanierung zu vertreten.

Bürgerenergie Genossenschaft

In den Samtgemeinden Wathlingen und Flotwedel hat die neue Bürgerenergiegenossenschaft Aller-Fuhse-Aue, kurz BE-ALFA, mit der Eintragung beim Registergericht Lüneburg Anfang Januar eine große Hürde genommen und die offizielle Geschäftstätigkeit aufgenommen. An den ersten öffentlichen Informationsveranstaltungen in Nienhagen und Eicklingen haben jeweils rund 100 Interessierte teilgenommen (Frauenanteil in Eicklingen etwa 20%).

Die Genossenschaft will Photovoltaik-Anlagen in den Samtgemeinden Wathlingen und Flotwedel installieren und betreiben, wobei die konkret möglichen Geschäftsmodelle stark von der sich dynamisch entwickelnden Gesetzgebung abhängig sind. Mittelfristiges Ziel ist es, eine lokale Energieverteilung umzusetzen. Dazu gehören dann möglicherweise auch Beteiligungen an Windkraftanlagen und innovative Ansätze zur Speicherung von Energie oder zur Erzeugung von Wasserstoff. Auch im Bereich Wärme will die Bürgerenergiegenossenschaft aktiv werden und z.B. die Beteiligung an Geothermieprojekten prüfen und gemeinsam mit Partnern nach Lösungen für neue und vorhandene Quartiere in den Samtgemeinden suchen. In enger Abstimmung mit Greenhagen e.V. wird darüber hinaus nach Lösungen für nachhaltige Mobilität gesucht. Hier steht die Ausweitung des Carsharing – Angebotes und die Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten im ländlichen Raum im Mittelpunkt. Als vierte Säule hat die Bürgerenergiegenossenschaft Beratungsleistungen definiert und wird verschiedene Veranstaltungen anbieten und in den zwei Samtgemeinden grundsätzliche Informationen zur Strom- und Wärmeerzeugung vor Ort vermitteln.

Weitere Informationen, auch zu den Möglichkeiten, Anteile zu zeichnen, finden sich in Kürze auf der neuen Homepage: www.be-alfa.de.

ÖPNV Was will die Stadt?

Im Zuge der Neuausschreibung des ÖPNV-Angebots ab April 2025 sind zuletzt die Ortsräte in der Stadt Celle nach ihren Vorschlägen und Wünschen befragt worden. Heraus kam, was auf der Hand liegt: Verbesserung in den Morgen- und Abendstunden, höhere Taktung, bessere Anbindung an den Bahnhof (wegen Berufsverkehr). Auch eine Verbesserung der Qualität bestimmter Bushaltestellen wurde gefordert.

Die Stadtverwaltung hat zwischenzeitlich ein sogenanntes „Mobilitätsgutachten“ erarbeiten lassen, dessen Zwischenstand im Januar dem sehr exklusiven Kreis der Ratsmitglieder vorgestellt wurde. Die Öffentlichkeit bleibt so von Details verschont (vielleicht ist es an der Zeit, dafür ein neues Verb einzuführen: „niggen“). Wie wir trotzdem hörten, soll für die Randbezirke und Randzeiten ein On Demand-System eingehender untersucht werden.



----- 12.11.2022 -----

Die Reichen sollen zahlen

Unter dem Motto „Die Reichen sollen für die Krisen zahlen“ hatte das „Offene Treffen gegen Preiserhöhung“ zu einer Fahrraddemo aufgerufen. Die Route umfasste verschiedene Zwischenkundgebungen, an denen unterschiedliche Aspekte von Ungerechtigkeit, aber auch Lösungen thematisiert wurden. Der Anlass für die Organisator:innen sind die aktuellen steigenden Lebenskosten und die Tatsache, dass weniger als 1% der Menschheit deutlich mehr besitzt als der Rest.

Die Auftaktkundgebung war vor der Deutschen Bank, welche sowohl für gewissenlose Investitionen im Bereich von Nahrungsmittelspekulation, Rüstungsindustrie und fossilen Energien stehe, als auch in Korruption und Lobbypflege verstrickt sei. Gefordert wurde, dass die Banken auch für die Folgen ihrer Geschäfte zahlen sollten – das heißt konkret für Klimawandel, Zerstörung, Armut und Hunger.

Der zweite Halt war auf der Allerinsel, wo gerade viele Eigentumswohnungen für eine gehobeneren Klientel entstehen. Thematisiert wurden die große Zahl von 417.000 obdachlosen Menschen in Deutschland, während viele Wohnungen und Gebäude leer stehen. Hier wurde eine soziale und ökologische Wohnungspolitik gefor-

dert, die besonders ärmere Menschen im Blick haben sollte.

Danach ging es weiter zum Bahnhof, wo auf die hohen Reisekosten aufmerksam gemacht und eine Wiedereinführung eines wirklichen 9-€-Tickets gefordert wurde, das allen Menschen Bewegungsfreiheit erleichtern könne.

Der nächste Zwischenhalt war vor den Gebäuden des Restaurant und Hotels Fürstenhofs in der Hannoverschen Straße. Dieser stehe repräsentativ für Orte der Oberschicht und mache deutlich, dass Rücksichtslosigkeit und Mitgefühl dort nicht vorhanden sei, weil Reichtum ungeniert genossen werde, während andere Menschen in Armut leben.

Beim letzten Zwischenstopp in der Blumlage vor dem Rekrutierungsbüro der Bundeswehr wurden noch einmal die herrschenden Verhältnisse angeprangert, in denen Armeen die Interessen von Reichen und Herrschenden durchsetzen. „Der mittlere Osten, das Mittelmeer oder der indische Ozean vor Somalia: in allen Einsatz-Gebieten geht es nicht um humanitäre Hilfe sondern um wirtschaftliche Interessen Deutschlands“, äußerte eine Rednerin des Offenen Treffens und fügte hinzu: „Die Bundeswehr ist wichtiger Teil davon die Besitzverhältnisse zu erhalten und zu verstärken, die dafür sorgen, dass in anderen Teilen der Welt Menschen hungern und sterben und hier in Europa eine Überflusgesellschaft existieren kann.“

Die Demonstration auf der Stechbahn mit einem Aufruf: „Wir müssen etwas tun, was schon lange überfällig ist: Besitztümer umverteilen und das bundesweit wie global.“



----- 25.11.2022 -----

Lichter-Demo

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen haben auch in diesem Jahr verschiedene feministische und politische Gruppen und Organisationen zu einer Lichter-Demonstration in Celle aufgerufen. An der Demo beteiligten sich rund 50 Menschen. Verschiedene Redner:innen machten auf gewaltvolle Zustände weltweit sowie den Widerstand dagegen aufmerksam. Nina Binder von der feministischen Organisation „Gemeinsam kämpfen!“ betonte: „Wenn wir uns in der Welt umsehen, gibt es keinen Ort, kein Land, in dem Frauen nicht geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind. Diese Gewalt betrifft auch andere unterdrückte Geschlechter und Kinder. Weltweit erfährt jede dritte Frau Männergewalt und bis zu 70 Prozent der Frauen erleben körperliche oder sexualisierte Gewalt von Männern in ihrem Leben. Jeden Tag werden Frauen durch patriarchale Gewalt getötet. Auch in Deutschland wird durchschnittlich jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet, täglich überlebt eine Frau einen solchen Tötungsversuch. Das muss ein Ende haben, deshalb ist es notwendig, dass sich alle Frauen zusammenfinden, um gemeinsam gegen Gewalt und Ungerechtigkeit vorzugehen und sich von gesellschaftlichen Erwartungen und Zwängen zu befreien.“

----- 02.12.2022 -----

Appell an Bündnisgrüne

Vertreterinnen der Initiativen von „Defend Kurdistan“, „Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie“ und „Land in Sicht – Transition (LIST)



nutzten die Bürger:innen-Sprechstunde der Celler Bündnisgrünen, um für ein konsequentes Handeln der Bundesregierung gegen die Angriffe der Türkei auf Gebiete in Nord- und Ostsyrien und Irak zu werben.

Es sei zwar erfreulich, von der Parteivorsitzenden zu hören, der Einsatz völkerrechtswidriger militärischer Angriffen sei nicht zu akzeptieren. Aber wenn das auf der Ebene von Twitter-Kommentare bleibe, sei das leider nicht ernstzunehmen, so Cornelia Döllermann-Nölting für die Gruppe LIST: „Wir appellieren an den Celler Kreisverband, dass er von Bundesaußenministerin Baerbock Konsequenzen gegen die Türkei einfordert.“ Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei dürfe kein Freifahrtschein zum Beispiel für Rüstungsexporte Deutschlands sein: „Deutschland sollte ein Embargo über die Lieferung von Waffen an die Türkei erlassen.“

Für die Celler Ortsgruppe von „Defend Kurdistan“ wies Nina Binder auf Verletzungen des Chemiewaffenverbots durch die Türkei bei Angriffen im Nordirak hin: „Hier sollte die OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) eingeschaltet werden, um künftige Verletzungen des Chemiewaffenverbotes durch die Türkei mit Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen zu verhindern.“

Es sei geradezu absurd, wie die Türkei im Schatten des russischen Krieges ungehindert gegen das Völkerrecht verstoße, so Döllermann-Nölting: „Wir erwarten von der Basis der bündnisgrünen Partei, dass sie deutliche Signale an Parteispitze und Außenministerium aussendet. Denn es ist wichtig dass der völkerrechtswidrige Krieg der Türkei sofort aufhört.“

----- 07.12.2022 -----

Reichsbürger-Razzia

Bei den Hausdurchsuchungen im Rahmen der Razzia gegen mutmaßlichen Mitgliedern einer terroristischen Vereinigung gab es in Niedersachsen neben drei Verhaftungen nach Angaben der Bundesanwaltschaft auch zwei Durchsuchungen im Kreis Harburg sowie eine im Bereich Celle.

Laut Innenministerium soll es allein in Niedersachsen 900 Reichsbürger geben, darunter werden rund 50 der rechtsextremen Szene zugeordnet.

----- 16.12.2022 -----

Bonzen enteignen

Die zweite Fahrrad-Demonstration unter dem Motto „Die Reichen sollen für die Krisen zahlen“ begann bei Baker Hughes, wo auf die Ausbeutung der Natur und die Kurzsichtigkeit bei der Nutzung von fossilen Rohstoffen aufmerksam gemacht wurde. Beim Neuen Rathaus der Bau des Hilton Hotels kritisiert: „Es gibt genug stadtnahe Hotels, aber nicht genug bezahlbaren Wohnraum.“ In der Altstadt wurden bei C & A die Arbeitsverhält-



nisse in der Bekleidungsindustrie im globalen Sünden und der Konsumterror im globalen Norden thematisiert. Den Abschluss machte die Fahrrad-Demonstration vor dem Alten Rathaus: „Während viele von uns auf ihr Geld achten müssen, häufen andere ihr Geld an – und das zu Millionen und Milliarden. Geldsummen, die wir uns selbst gar nicht vorstellen können. Diese altbekannte Schere zwischen Arm und Reich ist riesig und gehört abgeschafft.“

----- 17.12.2022 -----

Hamburg in Eschede

Rund 150 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen das

NPD-Zentrum (Hof Nahtz) in Eschede. Hauptrednerin war Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg (B'90/Die Grünen). Die Demonstrierenden forderten vom Land die Einrichtung einer Beratungsstelle gegen Rechts in Eschede, in der über die Szene aufgeklärt wird.

----- 24.12.2022 -----

Und Friede auf Erden

Über 1000 Celler:innen hörten sich beim Heiligabendgottesdienst im Landgestüt von Pastor Michael Kurmeier folgendes an: „Besser schlecht miteinander gesprochen als gut aufeinander geschossen. Besser unbeholfen aufeinander zugehen als gekonnt übereinander herfallen. Besser langsam mit Geduld als schnell mit Wut. Besser nachverhandeln als nachrüssten. Besser heute den ersten Schritt wagen als morgen den letzten Schritt riskieren.“ Das sei die Botschaft von Weihnachten.

----- 14.01.2023 -----

Alpha E statt Neubau

Rund 1500 Menschen demonstrierten im Landkreis Celle entlang der geplanten Neubautrasse der Deutschen Bahn zwischen Hamburg und Hannover. Initiiert vom Aktionsbündnis gegen Trassenneubau (AGT) gab es sogenannte Mahnfeuer in Bergen, Belsen, Boye, Groß Hehlen, Hambühren, Hoop, Lohheide, Hustedt, Offen und Wietendorf. Eine vom AGT ins Leben gerufene Online-Petition an den Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing hat bereits die Marke von 15 000 Unterschriften überschritten. Wer noch nicht unterschrieben hat, sei nachdrücklich eingeladen, dies auf <https://www.change.org/Bahnsinn-2023> zu tun.



„Es ist den Preis wert“ – wirklich?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und be-
ginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: *Erinnert ihr euch? 1996 wurde der US-Außenministerin Madeleine Albright in einer Talk-Show die Frage gestellt: „Wir haben gehört, daß eine halbe Million Kinder gestorben sind [im Irak]. Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und - sagen Sie, ist es den Preis wert?“ Albrights Antwort: „Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert.“*

Der lange Lulatsch: Du meinst, was werden die Baerbocks, Hofreiters und Strack-Zimmermanns antworten, wenn am Ende die Zahl der Toten Soldat:innen und Zivilist:innen bilanziert wird?

Oma Lilo: Nein. Ich wollte die Antwort prognostizieren.

Der Besserwisser: Die Freiheit hat halt ihren Preis.

Klein Jonas (liest von seinem Smartphone ab): Der Russland-Ukraine Krieg hat laut Zählungen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) bis zum 2. Januar 2023 mindestens 6.919 Todesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung gefordert, darunter mindestens 429 Kinder. Zudem wurden aufgrund des Ukraine-Krieges bisher mindestens 11.075 verletzte Zivilist:innen, darunter 808 verletzte Kinder, vom OHCHR erfasst. Durch den Ukraine-Krieg sind bis zum 3. Januar 2023 laut des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) bereits mehr als 17,1 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen.

Der lange Lulatsch: Und bei den Soldat:innen?

Klein Jonas: Wie viele Soldaten seit Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine im Februar 2022 insgesamt gestorben sind, ist öffentlich nicht bekannt. Aus dem US-Militär hatte es im November geheißen, wahrscheinlich gebe es jeweils mehr als 100.000 Tote oder Verwundete auf beiden Seiten.

Der Besserwisser: Aber sie haben bestimmt dabei viele Begegnungen mit interessanten, tollen Menschen gehabt. Das war es doch wert.

Oma Lilo: Und von der Linken, also auch jenseits der Partei, kommt: wenig bis nichts.

Die Dicke: Es gibt halt sehr unterschiedliche Bewertungen. Bei der Linkspartei mehrheitlich eine Ablehnung von Waffenlieferungen und Sanktionen, wobei aber einige Protagonist:innen nichts gegen eine rechtsoffene Bündnispolitik haben. Eine nicht ganz so kleine Minderheit in der Partei findet aber wegen des Selbstverteidigungsrecht der Ukraine gegen die russischen Okkupationspolitik Waffenlieferungen ganz okay. Und die post-autonome Linke ...

Der lange Lulatsch: Sagen wir mal so: Die russischen Kriegsziele werden selbstverständlich abgelehnt und klar als Imperialismus verurteilt, der sich auch gerade in der letzten Phase mit der gezielten Zerstörung ziviler Infrastruktur völlig entgrenzt. Gleichzeitig ist klar, dass der Krieg eine Vorgeschichte in der Ostexpansion der NATO hat. Der Krieg ist ein Desaster für die Menschen in der Ukraine und auch für einen Großteil der Bevölkerung in Russland. Aber solange es keine sichtbare Verweigerung derjenigen gibt, deren Leben in diesem Krieg geop-

fert werden, gibt es halt keine Adressaten für unsere Solidarität.

Die Dicke: Und wer sich hinstellt und sagt: Schluss mit diesem Krieg, muss sich in Deutschland halt anhören, damit den imperialen Interessen Russlands in die Hände zu spielen. Und es ist angesichts der russischen Aggression nicht einfach, darauf zu bestehen, dass USA und NATO diesen Krieg zumindest nicht verhindern wollten.

Klein Jonas: Wieso das?

Die Dicke: Nehmen wir nur die Phase ab 2015. Merkel hat sich ja im Dezember in der ZEIT dazu erklärt: „Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. [...] Es war uns allen klar, dass das ein eingefrorener Konflikt war, dass das Problem nicht gelöst war, aber genau das hat der Ukraine wertvolle Zeit gegeben. [...] Sie hat diese Zeit hat auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht.“ Statt also friedenspolitische Initiativen zu entwickeln, wurde darauf gesetzt, die Ukraine kriegsfähig zu machen.

Oma Lilo: Und da sind wir bei: „Krieg beenden, Waffen senden!“ – so kürzlich ein Transparent der Jungen Liberalen. Erinnert ihr euch – Genscher, Außenminister und FDP, auf einer UN-Vollversammlung 1983: „Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“ Damals auch gerichtet gegen die Friedensbewegung und die Grünen.

Der lange Lulatsch: Und das im Nachhinein betrachtet mit einem Wahrheitskern, die Mittelstreckenatomraketen wurden verschrottet. Bei Hofreiter, Strack-Zimmermann und Baerbock muss ich jetzt gelegentlich an das Spruchbanner denken, unter dem Goebbles nach Stalingrad seine Sportpalast-Rede hielt: „TOTALER KRIEG – KÜRZESTER KRIEG“.

Die Dicke: O là là – ein Goebbels-Vergleich. Naja, das konnten ja auch schon Brandt und Kohl.

Der Besserwisser (singt leise): „Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt.“

Klein Jonas: Danger Dan.

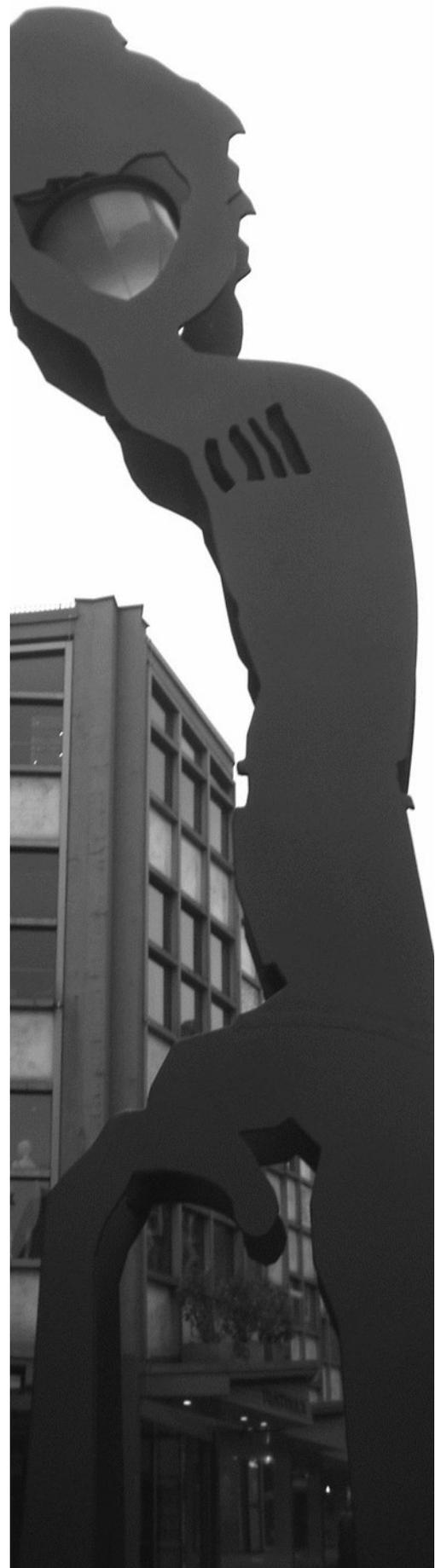
Der lange Lulatsch: Aber vielleicht wäre das wirklich mal eine „linke“ Aktion, sich vor dem Bundeskanzleramt oder dem Außenministerium mit einem Transparent hinzustellen, auf dem genau das steht.

Oma Lilo: Die Hälfte der Bevölkerung würde diese Kritik, wenn auch nicht die Form, immerhin begrüßen, wenn wir den Umfragen glauben: Nach einer Befragung des Meinungsforschungsinstitutes Insa für die «Bild am Sonntag» lehnen 50 Prozent Lieferung von Kampfpanzern ab, und nur 38 Prozent sind dafür. Und 52 Prozent der Bevölkerung gehen nach infratest dimap die diplomatischen Anstrengungen der Bundesregierung zur Beendigung des Krieges nicht weit genug.

Die Dicke: Was erstaunlich ist angesichts der medialen „Front“. Interessant wäre, jetzt nicht nach Parteien sortiert sondern nach Einkommen, wer eigentlich wenig davon hält, Menschen auf dem Schlachtfeld für die „Freiheit“ von Oligarchen-Interessen sterben zu lassen.

Der lange Lulatsch: Ein Waffenstillstand muss her. Sofort. Und für Verhandlungen lässt sich an die Vorschläge der Ukraine vom März vergangenen Jahres anknüpfen: Atomwaffenfreie, neutrale Ukraine – versehen mit Sicherheitsgarantien. Territorial müsste sich die Russische Föderation auf den Stand vor dem 24. Februar zurückziehen. Das wäre ein Anfang.

Oma Lilo (singt nach Edwin Starr): *I said: War / What is it good for? / Absolutely nothing, say it again ...*



Rheinmetall Robo-Wiesel

Die österreichische „Kronen-Zeitung“ berichtete über den Test eines KI-Panzers von Rheinmetall: „Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall hat in Australien einen Robo-Panzer mit Künstlicher Intelligenz getestet: Der ACW (Autonomous Combat Warrior) Wiesel basiert auf dem Aufklärungs- und Unterstützungspanzer Wiesel-2 und wurde um ein Computersystem für den autonomen Betrieb ergänzt. Gedacht ist der KI-Panzer als Unterstützung für die Infanterie.“ (IMI-Aktuell 2022/542)



eBook Rheinmetall Unterlüß

Das Foto auf unserem Titel und das über dieser Meldung sind aus einem e-Book von Matze Schmidt mit 21 Fotografien zum Rheinmetall Standort in Unterlüß in der Südheide: <http://www.n0name.de/matzeschmidt/ebooks/matze-schmidt-unterluess.pdf> -

Es ist frei abrufbar, aber eine Spende an label@n0name.de ist willkommen. (ja) - IMI-Aktuell 2023/025

Neue Munitionsfabrik

Im Dezember bestätigte Rheinmetall, dass in einer neuen Produktionsstätte in Unterlüß sogenannte Mittelkaliber-Geschosse (20-35 Millimeter) hergestellt werden sollen für Schützenpanzern, Flugabwehrsystem, Kampfpanzer und Kampfflugzeugen. Die Lieferung einer ersten Charge für den Gepard sei mit etwa 300.000 Schuss schon im Juli 2023 möglich. Damit soll die inländische Munitionsproduktion vergrößert werden.

Ein Hintergrund ist, dass die Schweiz aufgrund der Kriegsmaterialverordnung des Landes zur Wahrung der Neutralität in kriegerischen Konflikten die Genehmigung versagte, Munition für die 50 Gepard-Panzer weiterzugeben, die Deutschland der Ukraine zur Verfügung gestellt hat. Die Munition befindet sich zwar in Deutschland, war jedoch in der Schweiz vom Konzern Oerlikon produziert worden.

Den entscheidenden Anreiz aber bietet das sogenannte 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr, von dem etwa ein Fünftel davon in den Kauf von Munition fließen soll. Im Mittelpunkt der neuen Bedarfslage stehe das Bestreben, „die Munitionsversorgung in Deutschland wieder prinzipiell unabhängig von ausländischen Fertigungsstätten aufzustellen“, so ein Sprecher von Rheinmetall. (IMI-Aktuell 2022/592)

Ringtausch - Marder an Griechenland

Im Zuge eines weiteren von der deutschen Bundesregierung beauftragten Ringtausches liefert Rheinmetall Schützenpanzer Marder 1A3 an Griechenland. Die griechischen Streitkräfte geben ihrerseits Schützenpanzer sowjetischer Bauart an die Ukraine ab. Die Auslieferung soll bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Bei den zur Verfügung gestellten Fahrzeugen handelt es sich um überholte Marder 1A3 aus ehemaligen Beständen der Bundeswehr. Diese wurden bei der Rheinmetall Landsysteme GmbH bereits seit Frühjahr 2022 auf eigene Kosten am Standort Unterlüß instandgesetzt. Der sogenannte Ringtausch ist ein von der Bundesregierung entwickeltes Verfahren, um die Ukraine bei deren Anstrengungen gegen die russische Invasion in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn und NATO-Partnern unterstützen zu können. Dabei geben NATO-Partner Großgerät aus vormals sowjetischer Produktion an die Ukraine ab und erhalten dafür verfügbare Systeme aus westlicher Produktion. Rheinmetall ist bereits an Ringtauschen mit den tschechischen und slowakischen Streitkräften – hier mit Kampfpanzern des Typs Leopard 2A4 – beteiligt.

Ringtausch – Leopard 2 A4

Rheinmetall liefert im Zuge des von der deutschen Bundesregierung beauftragten Ringtauschs 15 Kampfpanzer Leopard 2 A4 an die Slowakische Republik. Die slowakischen Streitkräfte geben ihrerseits militärische Ausrüstung zur Unterstützung an die Ukraine ab. Das erste Fahrzeug wurde im Dezember 2022 ausgeliefert, die Auslieferung soll bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Bei den zur Verfügung gestellten Fahrzeugen handelt es sich um überholte Leopard 2 A4 aus ehemaligen Beständen verschiedener Nutzerstaaten, welche sich im Eigentum der Rheinmetall AG befinden. (PM Rheinmetall, 23.11.2022)

Puma: Totalausfall

Der ohnehin als Pannenpanzer bekannte Puma hat es erneut in die Schlagzeilen gebracht. Bei einer Übung gingen alle 18 eingesetzten Schützenpanzer in die Knie. Zuerst zitierte der Spiegel aus einem Schreiben von Generalmajor Ruprecht von Butler, den Chef der 10. Panzerdivision: „Die Einsatzbereitschaft der »Leopard 2« habe bei »ca. 80 bis 90 Prozent« gelegen, meldet der General seinem Chef, »Schäden konnten in der Regel über Nacht priorisiert abgestellt werden«. Bei der »Puma«-Kompanie »zeichnet sich aber leider ein anderes Bild ab: Von 18 einsatzbereiten Schützenpanzern, mit der die Kompanie begonnen hatte, sank die Einsatzbereitschaft während der letzten acht Ausbildungstage auf 0 Schützenpanzer«, schreibt Butler. Ein Totalausfall also.“ (jw) - IMI-Aktuell 2022/592

Die Herstellerfirmen Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann (KMW) hatten 17 der 18 Schützenpanzer bis zum Jahresende instandgesetzt. In einem Spitzengespräch im Januar, zu dem Lambrecht mit Rheinmetall-Chef Armin Papperger und KMW-Chef Ralf Ketzler zusammenkamen, war alles wieder gut. Weiterhin sei der Puma das beste Schützenpanzerfahrzeug der Welt, sagte Papperger, und Lambrecht betonte: „Das Heer steht zum Puma, die Truppe möchte am Puma festhalten.“

Auch Erwerbstätige, Selbstständige, Rentner:innen können aufstockende Leistungen beantragen

Unterstützungskampagne für Betroffene

Der Erwerbslosenverein Tacheles e.V. und der Paritätischer Wohlfahrtsverband haben eine Aufklärungs- und Unterstützungskampagne für Betroffene hoher Energiekosten gestartet. Im Zentrum die Webseite www.energie-hilfe.org, die Betroffene hoher Energiekosten umfangreich über ihre sozialrechtlichen Ansprüche informiert und Musteranträge zur Verfügung stellt.

Der Mangel an ausreichenden, gezielten Hilfen für die von Inflation und explodierenden Energiekosten am härtesten Betroffenen wird zu einer deutlichen Steigerung der Anzahl an Anspruchsberechtigten im Bereich der Grundsicherung führen.

Harald Thomé, Vorstand von Tacheles e.V.: „Mit dieser Kampagne richten wir uns insbesondere auch an die Menschen, die ihre hohen Energiekosten mit ihrem Einkommen nicht mehr bezahlen können und deshalb einen Anspruch auf zumindest teilweise Übernahme der Kosten haben. Anspruchsberechtigte, wie Erwerbstätige, Rentner:innen, Wohngeldbeziehende oder Auszubildende, müssen zur Wahrung ihrer Ansprüche jetzt schnell Anträge stellen.“

Wichtige Informationen für Erwerbstätige und Selbstständige

Auch Erwerbstätige und Selbstständige, die bisher keine aufstockenden Leistungen vom Sozialamt oder Jobcenter erhalten (Sozialhilfe/ Hilfe zum Lebensunterhalt/ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bzw. „Bürgergeld“), sollten prüfen, ob sie darauf einen Anspruch haben.

Sie können wegen einer Nachforderung aus der Heizkostenabrechnung oder bei Kosten zur Brennstoffbeschaffung, wie z.B. die Befüllung des Öltanks, einen einmaligen Anspruch auf (aufstockende) Leistungen beim Jobcenter geltend machen. Wieso? Auch bei jenen, die bisher mit ihren Einkommen oberhalb der Anspruchsgrenze lagen, verschiebt sich diese Grenze in dem Monat, in dem die Nachzahlung für Heizkosten oder die Rechnung zur Brennstoffbeschaffung beglichen werden muss, um den Forderungsbetrag nach oben. Beim „Bürgergeld“ gilt dies „bis zum Ablauf des dritten Monats nach dem Fälligkeitsmonat gestellt wird, auf den Ersten des Fälligkeitsmonats zurück“. Wer also im Februar den Bescheid über die Heizkostennachzahlung bekommt, kann bis Ende Mai einen entsprechenden Antrag stellen.

Dies gilt übrigens auch für Menschen, die bereits Wohngeld und/oder Kinderzuschlag bekommen; auch sie könnten einen Anspruch auf aufstockende Leistungen vom Jobcenter haben.

Für Betriebskosten-Nachzahlungen gilt übrigens das selbe Prinzip.

ENERGIE-HILFE.ORG

Hohe Abschläge?
Nachzahlungen aus Abrechnungen für Heizung oder Strom?
Energiesperren?

**EXPLODIERENDE
ENERGIEKOSTEN:
WIR HELFEN!**

Hilfe für Beziehende von
Leistungen der Grundsicherung (Hartz IV/ Sozialhilfe),
Arbeitslosengeld I oder Krankengeld,
Rentner*innen,
Erwerbstätige,
Schüler*innen,
Auszubildende und Studierende

WWW.ENERGIE-HILFE.ORG

Tacheles e.v. **DER PARITÄTISCHE**

W.L.H.F. Harald Thomé,
Tacheles e.V., Buschhof 125, 42285 Wuppertal
Bild: © reneoff / AdobeStock

Es kann außerdem sein, dass wegen höherer Abschläge für die Heizung dauerhaft ein Anspruch auf aufstockende Leistungen entsteht.

Für Beziehende von Rente, Arbeitslosengeld I oder Krankengeld ...

... gilt im Prinzip dasselbe. Rentner:innen können diese Ansprüche beim Sozialamt geltend machen, bei Beziehenden von Arbeitslosengeld I oder Krankengeld ist das örtliche Jobcenter der richtige Ansprechpartner. Der wichtige Unterschied: Menschen aus diesen Gruppen müssen den Antrag sofort im Monat der Fälligkeit der Nachzahlung stellen.

Schüler:innen und Auszubildende ...

... haben prinzipiell auch einen Anspruch auf aufstockende Bürgergeld-Leistungen. Der Bezug von SchülerBAföG oder BAB-Leistungen ändert nichts daran.

Die Webseite www.energie-hilfe.org informiert dazu mit gruppenspezifischen Hilfen. Wir können nur dazu auffordern, entsprechende Anträge zu stellen – und auch: Freunde, Bekannte, Kolleg:innen darauf hinzuweisen und sie bei Bedarf bei der Antragstellung zu unterstützen.

Wohngeldreform bietet für viele Haushalte Zuschussmöglichkeiten zur Miete

Wohngeld – Checken und beantragen

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zur Miete für Haushalte, die zwar keine Sozialleistungen beziehen, trotzdem aber wenig Geld haben. Im Schnitt sollen anspruchsberechtigte Wohngeld-Haushalte ab Januar 2023 monatlich rund 370 Euro erhalten. Außerdem wird der Kreis der Berechtigten deutlich ausgeweitet: Zu den bisher knapp 600.000 Haushalten sollen bis zu 1,4 Millionen weitere dazukommen. Auch Eigentümer:innen können für die Tilgung eines Immobilienkredits Zuschüsse erhalten.

Nicht anspruchsberechtigt sind Bezieher:innen von Bürgergeld (SGB II), Grundsicherung im Alter (SGB XII), Asylbewerberleistungsgesetz und Ausbildungsförderungshilfen (Schüler-Bafög, Bafög oder Berufsausbildungshilfe). Ebenfalls nicht anspruchsberechtigt sind Haushalte mit verwertbarem Vermögen bei: 60.000 Euro für das erste Haushaltsmitglied und 30.000 Euro für jedes weitere. Beispiel: Für eine dreiköpfige Familie liegt die Höchstgrenze für das Vermögen also bei 120.000 Euro. Wird dieser Betrag überschritten, besteht kein Anspruch auf Wohngeld. Selbst genutztes Wohneigentum gehört nicht zum Vermögen.

Der „Rest“ ist im Prinzip anspruchsberechtigt. Ob und wieviel Wohngeld einem Haushalt zusteht, berechnet sich dann nach Einkommen, Miete, Haushaltsgröße und der Wohnort. Um zu sehen, was dabei herauskommen kann, hilft am Besten ein Wohngeldrechner wie

<https://www.wohngeld.org/wohngeldrechner/>

Die Tabelle unten bietet einige Beispiele für die Stadt Celle (in den Landkreisgemeinden sind die Wohngeldbe-

HG	Brutto	W-Geld	Grenze
1	1.800,00 €	135,00 €	567,60 €
	1.900,00 €	100,00 €	
	2.000,00 €	64,00 €	
AE/1	2.000,00 €	247,00 €	697,40 €
	2.500,00 €	86,00 €	
	2.700,00 €	19,00 €	
2	2.000,00 €	320,00 €	697,40 €
	2.500,00 €	164,00 €	
	2.800,00 €	65,00 €	
2/1	2.500,00 €	387,00 €	813,80 €
	3.000,00 €	241,00 €	
	3.500,00 €	88,00 €	
2/2	3.500,00 €	425,00 €	948,20 €
	4.000,00 €	297,00 €	
	4.500,00 €	164,00 €	

träge niedriger). Die linke Spalte (HG) benennt die Haushaltsgröße, also eine Person, Alleinerziehend mit einem Kind (AE/1), zwei Personen, sowie zwei Personen mit einem bzw. zwei Kind(ern). Brutto benennt das erzielte Bruttoeinkommen im Haushalt. In der dritten Spalte ergibt sich der Wohngeldanspruch. Der ist jeweils berechnet mit der Warmmietenobergrenze, also: Wer da weniger Warmmiete bezahlt, bekommt auch weniger Wohngeld.



Ein Single-Haushalt mit einem Brutto-Einkommen von 2088 Euro, was bei Mindestlohn und 40-Stunden-Woche zusammenkommt, hätte in der Stadt Celle noch einen kleinen Wohngeldanspruch von 32 Euro – aber: Warum darauf verzichten.

Aus der Tabelle unten links ergibt sich, dass es für andere Gruppen interessanter sein könnte. Bei Alleinerziehenden zählt neben dem Erwerbseinkommen auch der Kindesunterhalt eine Rolle. Wir haben in der Tabelle einen Unterhaltsleistung von 396 Euro für Kinder unter 6 Jahren angesetzt. D.h. bis zu einem Einkommen von 2700 Euro bei dem/der Alleinerziehenden kann ein Wohngeldanspruch bestehen.

Anderes Beispiel: Bei einem Paar mit einem Kind und einem gemeinsamen Bruttoeinkommen von 3000 Euro besteht ein Wohngeldanspruch von 241 Euro, wenn die Warmmiete unter 813,80 Euro liegt.

Das alles hier ist „ohne Gewähr“, aber soll die Grenzen anzeigen, innerhalb derer sich eine Antragstellung lohnen könnte.

Deshalb die eindringliche Bitte an unsere Leser:innen: Informiert Freunde, Bekannte und Kolleg:innen über die Möglichkeiten zur Beanspruchung von Wohngeld.

Zuständig für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen ist der Landkreis Celle. Antragsformular und weitere Infos gibt es unter

<https://www.landkreis-celle.de>

Bei der „Suchfunktion“ einfach „Wohngeld“ eingeben. Die zuständige Stelle sitzt allerdings nicht an der Trift, sondern im Sozialamts-Gebäude der Stadt „Am Französischen Garten 3“.

Krank, überflüssig und schädlich

Der Celler Wahlkreisabgeordnete Thomas Ehrhorn sitzt für die AfD im Familienausschuss des Deutschen Bundestags und redete deshalb in der Haushaltsdebatte am 22. November 2022 zum „Einzelplan 17 - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“. Da die Rede aufschlussreich ist hinsichtlich eines für die AfD wichtig gewordenen Diskursfeldes, dokumentieren wir sie hier mal „unzensuriert“. Auf der nächsten Seite gibt es zur Einordnung einen Auszug aus einem Artikel im aktuellen Antifa-Info-Blatt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In fast allen Nationen dieser Welt herrscht ein Konsens darüber, dass die Erhaltung des eigenen Volkes, der eigenen Kultur oberstes Staatsziel zu sein hat.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auweia!)

Wer nun die demografische Entwicklung der Bundesrepublik betrachtet, erkennt sehr schnell, dass wir hier eher von einer demografischen Katastrophe sprechen müssten. Bei einer Geburtenrate von durchschnittlich 1,3 oder 1,4 Kindern pro Frau

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das sind alte Zahlen! Die sind mittlerweile deutlich höher!)

– hören Sie lieber mal zu; Sie können was lernen – erkennt jeder sehr schnell, dass jede kommende Generation zahlenmäßig um ein Drittel schwächer ist als die Generation der Eltern. Das heißt: Der Satz „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin ist nach wie vor ohne Wenn und Aber richtig.

(Beifall bei der AfD)

Dies ist natürlich die Ursache für diverse Probleme wie Renten und Ähnliches, die auf uns zukommen; das brauche ich hier nicht zu erwähnen.

(Zuruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Diese existenzbedrohenden Probleme werden aber von unserer Bundesregierung weder erkannt noch thematisiert, und sie werden schon gar nicht in angemessener Weise im Einzelplan 17, im Familienhaushalt, abgebildet. Wie auch? Man ist ja mit Wichtigerem beschäftigt. Nicht die Interessen von 97 Prozent der Mehrheitsgesellschaft spielen eine tragende Rolle im politischen Diskurs, sondern die Interessen und Bedürfnisse einiger Minderheiten, und man fragt sich: Mit welchem Recht eigentlich?

(Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja nicht auszuhalten!)

Gleichzeitig ist das Bestreben nach politischer Dekonstruktion der traditionellen Familie fester Bestandteil links-grüner Politik. Regenbogenfamilie und beliebige Verantwortungsgemeinschaften sollen künftig das ersetzen,

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es einfach nicht verstanden!)

was sowohl statistisch als auch kulturell der Normalfall ist, nämlich die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, das, was die Väter unseres Grundgesetzes mit gutem Recht unter besonderen Schutz gestellt haben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Gesetzesinitiativen dagegen lesen sich wie ein Entwurzelungsprogramm kommender Generationen. Insgesamt stellen sie einen Versuch dar, sich von allen biologischen Tatsachen zur Bestimmung von Geschlecht und Elternschaft final zu verabschieden.

(Beifall bei der AfD – Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unfassbar!)



Es ist der durchschaubare Versuch, lesbische, schwule und transsexuelle Menschen für Ihren politischen Klassenkampf zu missbrauchen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Herr, schmeiß Hirn vom Himmel!)

Ein bisschen Gender-Gaga ist noch dabei, der Versuch, unsere Kinder, möglichst unabhängig von elterlicher Einmischung, frühestmöglich in staatliche Obhut zu verbringen,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist für die Rente gut: Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf!)

um, wie es der jetzige Kanzler mal ausgedrückt hat, die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ zu erreichen, dann noch ein bisschen staatliche Finanzierung linker bis links-extremer Gruppen über das Programm „Demokratie leben!“, das darf selbstverständlich auch nicht fehlen.

Insgesamt kann man also sagen: Familienpolitik der Ampel – ein toxisches Konglomerat aus Krankem, Überflüssigem und Schädlichem:

(Beifall bei der AfD)

Verarmung für die Alten, Entwurzelung und tiefe Verunsicherung unserer Kinder und Jugendlichen. Welche Folgen das hat, zeigt unter anderem ein Video vom Christopher Street Day, dem Tummelplatz der LSBTIQ-Gemeinde, in Wuppertal. Hier hat die Realität die Satire längst überholt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ich gehe gerne auf den Christopher Street Day! – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Faszination für das Thema ist sehr interessant!)

Unter anderem zeigt das Video „Feda“. Sie sagt: Ich bin eigentlich 17 Jahre alt, aber ich bin auch nebenbei ein Fuchs, und in dem bin ich momentan vier Monate alt. – Danach stellt sich „Sol“ vor, und ihre Pronomen sind „they“ und „she“, erklärt sie.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden so viel darüber! Haben Sie etwas zu verbergen? Wollen Sie uns was sagen?)

„Mylo“ stellt sich vor, 13 Jahre alt: Ich gehe mit allen Pronomen. – Dann kommt „Felix“, eine Maske mit Hundeohren verhüllt sein Gesicht: Ich bin das Alpha von einem Rudel und bin anderthalb Jahre Papi.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie alles im Haushaltsplan gefunden?)

Wieder eine andere gibt an, trans zu sein, und beschwert sich: Das ganze Transitioning in Deutschland, das geht ja gar nicht wirklich.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schämen Sie sich! Hetzer!)

Das Wichtigste sei es, endlich ein Pronomen für nonbinäre Personen zu finden, die sich keinem Geschlecht zuordnen möchten. – Das ist gut, dass wir keine anderen Probleme in diesem Land haben.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie reden vier Minuten über das Thema! – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gehen Sie mal zum Therapeuten!)

Schließlich kommt „Feda“ noch einmal zu Wort und bemerkt, dass sie oft nicht akzeptiert wird, weil sie ja ein Fuchs ist.

(Zuruf der Abg. Heidi Reichinnek [DIE LINKE])

Manche von Ihnen werden an dieser Stelle sagen, dass jemand, der sich für Napoleon oder einen Fuchs hält, vielleicht besser in einer geschlossenen Anstalt aufgehoben wäre.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Eins ist aber klar: Was hier vor unseren Augen passiert, das ist gewollt. Das ist die bewusste Zerstörung aller gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen. Es zielt auf die Diktatur von Minderheiten ab und dient dem sozialistischen Plan der Großen Transformation.

Zu mehr Toleranz hat es jedenfalls nicht geführt, sondern eher zu der Frage, ob wir es hier nicht mit einer Subkultur der Geisteskranken zu tun haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Jetzt weiß ich, warum Frau

Cotar ausgetreten ist! – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Hetze hier ist unfassbar!“ – Weitere Zurufe)

Transfeindlichkeit: Im Hass vereint

Neonazis mobilisieren mit Hass – aber der Hass auf Geflüchtete funktioniert aktuell nicht mehr so gut. Eine weitere Hass-Gruppe muss her. Inspiriert aus den USA, stürzt sich die Szene mehr denn je auf das Thema Gender und Transfeindlichkeit, im Schulterschluss mit Verschwörungsgläubigen wie Querdenken [...]

Der Hass konzentriert sich auf nonbinäre Personen, die sich weder als gänzlich weiblich noch gänzlich männlich betrachten und vor allem trans Personen, also Personen, bei denen das Geschlechtsempfinden von dem bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht abweicht. Wobei sich der Hass überwiegend an transFrauen abarbeitet. Hier verbindet sich das Festhalten an althergebrachten und traditionellen Geschlechter- und Familienbildern mit Misogynie. [...]

Im extrem rechten Milieu werden weiße Frauen als wandelnde Gebärmütter gesehen, die dazu bestimmt sind, die angeblich sinkenden Geburtenraten der „weißen Rasse“ zu stoppen. Nicht-weiße Frauen werden als Bedrohung und Grotteske dargestellt, denen nur mit gewalttätiger Misogynie zu begegnen sei. Eine traditionelle Frau soll keusch und unterwürfig sein und dem Mann hörig. In diesem völkischen Verständnis werden aufbrechende Geschlechtervorstellungen als große Gefahr wahrgenommen. [...]

Im Zuge der Coronavirus-Pandemie begannen auch vermehrt Verschwörungs-Propagandist*innen das Thema Trans und Gender zu entdecken, um so Ängste zu schüren. [...]

Ein zentraler Begriff in dieser Debatte ist eine angeblich existente „Genderideologie“. Durch die Verwendung des Begriffes „Ideologie“ entstehen Assoziationen mit totalitären Systemen, was wiederum den Boden für Verschwörungsmethoden bereitet. Eine Ideologie will jemand einführen, verbreiten, durchsetzen. Wer? Das erfüllt die Verschwörungsszene mit ahnungsvollem Raunen. [...]

Diese Erzählung ist damit eingebettet in die Verschwörungserzählung des „Großen Austausches“. Diese wahnhaftige Ideologie besagt, dass „geheime Mächte“ daran arbeiteten, die völkisch-rassistisch definierte einheimische Bevölkerung auszutauschen. Dies geschehe einerseits über Migration und Fluchtbewegungen und andererseits über den „Volkstod“, vorangetrieben durch die sogenannte „Genderideologie“, weil durch homosexuelle und queere Personen kaum Kinder mehr gezeugt würden. [...]

Quelle: <https://antifainfoblatt.de/artikel/transfeindlichkeit-im-hass-vereint>

Das Video „Wuppertal ist bunt“ gibt es hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=vllCUHXOj80>

Und ja – es ist bedenklich, wenn ein 17-Jähriges behauptet, nebenbei auch ein Fuchs zu sein. Aber was ist das im Vergleich zu einer Fronleichnamsprozession oder dem Heiligen Abendmahl? Die meisten unserer Leser:innen wären wohl auch lieber ein Fuchs als ein Ehrhorn.



Ende Oktober 2022 besucht Verteidigungsministerin Lambrecht das kleine Städtchen Calw im Nordschwarzwald. Dort ist das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr stationiert. Waren die Besuche von Politiker:innen und Generälen in Calw in den letzten Jahren eher durch Skandale, Problemvermessungen, und die Verkündung von Reformvorhaben geprägt, schlägt die Lambrecht bei ihrem Antrittsbesuch einen anderen Ton an: „*Ich kann den Frauen und Männern beim KSK mein vollstes Vertrauen aussprechen.*“

Fünfeinhalb Jahre nach dem Auffliegen von Franco Albrecht und seinen Terrorplänen, vier Jahre nach den ersten Berichten über das Hannibal-Netzwerk und knapp zweieinhalb Jahre nachdem die Zerschlagung des KSK aufgrund gehäufte rechte Vorfälle diskutiert wurde, zieht die Verteidigungsministerin damit einen Schlussstrich.

Keine zwei Monate später, im Dezember 2022 fliegt erneut ein rechtes Netzwerk aus dem Reichsbürger-Milieu auf, das einen Staatsstreich plante. Beteiligt: unter anderem aktive und ehemalige KSK-Soldaten.

Doch das KSK wird, wie die gesamte Bundeswehr, für die von Kanzler Olaf Scholz Ende Februar 2022 ausgerufenen Zeitenwende gebraucht. Skandale um rechte Soldat:innen und Fragen nach nötigen Reformen, gar einer grundlegenden Demokratisierung der Bundeswehr, kommen da äußerst ungelegen. Deshalb steht das alte Narrativ der Einzelfälle wieder im Zentrum der politischen Kommunikation.

Das Online-Wörterbuch Wiktionary definiert einen Einzelfall als ein „*einmaliges Ereignis*“ oder eine „*einmalige Erscheinung*“. Die inflationäre Verwendung dieses Begriffs steht damit im offenen Widerspruch zur Realität in der Armee. Es drängt sich die Erkenntnis auf, dass es sich eben nicht um ein „*einmaliges Ereignis*“ handelt, wenn rechte Chatgruppen aufgedeckt werden, Waffendepots bei rechten Soldat:innen gefunden werden, wenn ganze Bundeswehr-Kompanien Rechtsrock hören oder gemeinsam Adolf Hitlers Geburtstag feiern. Weshalb wird der Begriff von den politisch Verantwortlichen dennoch so häufig verwendet?

Eine alternative Definition bietet der Duden: Ein Einzelfall ist demnach ein „*konkreter, einzelner Fall (der jeweils individuell zu beurteilen oder zu behandeln ist)*“. Den Verantwortlichen, beispielsweise im Verteidigungs- oder Innenministerium geht es darum, die Fälle jeweils individuell zu behandeln. Oder anders gesagt: Ihnen geht es darum, eine Betrachtung jener Strukturen zu verhindern, welche die vielen „Einzelfälle“ möglich machen und begünstigen. Würde man sich in den Ministerien ernsthaft die Frage stellen, weshalb Bundeswehr und Polizei gerade für Rechtsradikale eine so große Anziehungskraft haben, dann würde dies einige Grundlagen dieser Institutionen bedrohen: den Dienst fürs Vaterland, den Dienst an der Waffe, klare Befehlsketten, ein patriarchales und archaisches Selbstbild als Krieger, den Korpsgeist in den Einheiten, die Kontinuitäten seit dem Nationalsozialismus und einen bis heute andauernden Antikommunismus – um nur einige prägnante Beispiele zu nennen.

Davon ausgehend ist klar: Es sind und waren nie Einzelfälle, sondern Symptome der strukturellen Probleme, die in diesen Institutionen vorherrschen und durch ihre Aufgabenstellungen hervorgebracht werden.

Die „Informationsstelle Militarisation e.V.“ hat im Dezember eine Broschüre mit dem Titel „*Keine Einzelfälle! Wie der Staat mit rechten Soldat*innen und ihren Netzwerken umgeht*“ herausgegeben, in der die Debatten in einen größeren Zusammenhang einordnet werden. Der Fokus liegt darauf, wie Regierung, Verteidigungsministerium, Parlament, Militärgeschichtsdienst, Justiz und Gesellschaft mit der Masse rechtsradikaler Soldat:innen und deren Vernetzung umgegangen sind.

Die AfD nimmt dabei mit Blick auf rechte Netzwerke in der Bundeswehr eine besondere Rolle ein. So finden sich nicht nur Mitglieder und Anhänger, sondern auch Personen mit Parteiämtern unter den zentralen Figuren des Hannibal-Netzwerks und in dessen Ausläufern. Das verwundert wenig, will der faschistische Flügel doch explizit Soldat:innen und Polizist:innen für seine Phantasien einer Machtübernahme gewinnen.

Die Broschüre kann per Mail an imi@imi-online.de gegen Portokosten und eine Schutzgebühr von 2 Euro bestellt werden oder hier kostenlos als PDF heruntergeladen werden: <https://www.imi-online.de/download/KeineEinzelfaelleWeb.pdf>



70 Jahre Gedenkstätte

70 Jahre, nachdem die Gedenkstätte Bergen-Belsen am 30. November 1952 eingeweiht wurde, wird jetzt eine Sonderausstellung gezeigt, die auf über 70 Tafeln mit Fotografien, Zeichnungen, Ausschnitten aus Printmedien und sonstigen Dokumenten die wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der Gedenkstätte Bergen-Belsen anschaulich darstellt.

Während in der im Dokumentationszentrum befindlichen Dauerausstellung viele Besucher:innen unterwegs sind, wird die im sogenannten Forum der Gedenkstätte zurzeit gezeigte Sonderausstellung eher gering frequentiert. Vielleicht können wir das mit diesem kleinen Hinweis ja ein bisschen ändern.

Die vor etwa zehn Jahren schon einmal gezeigte Sonderausstellung wurde u.a. um Beiträge zur Rede von Bundespräsident Theodor Heuss vom Tag der Einweihung im Jahr 1952 ergänzt. Sie erregte seinerzeit aufgrund des Bekenntnisses „Wir haben von den Dingen gewußt ...“ international Aufsehen. Der in der Sonderausstellung hörbare Ausschnitt aus einer Sendung des norddeutschen Rundfunks bietet die Möglichkeit, sich einige Minuten zu setzen, einen Moment zu reflektieren und den schnellen Gang von einer Tafel zur nächsten auch einmal zu unterbrechen.

Einen guten Einblick in die Geschichte der Gedenkstätte bekommen Besuchende in der Sonderausstellung zwar aktuell lediglich bis ins Jahr 2012 (die vergangenen zehn Jahre „fehlen“ sozusagen noch), doch die behandel-



ten Themen sind durch die Abbildungen der teils historischen Quellen und durch die verhältnismäßig kurzen, kontextualisierenden Texte anschaulich gestaltet. Diese die Erinnerungskultur thematisierende Sonderausstellung ist noch bis zum 26. Februar in der Gedenkstätte Bergen-Belsen zu sehen.

Zum Abschluss findet am Sonntag, 26. Februar 2023, 14 Uhr, im Forum der Gedenkstätte Bergen-Belsen ein Podiumsgespräch mit Dr. Elke Gryglewski, Dr. Thomas Rahe, Michael Fürst (Vorsitzender des Landesverbands der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, K.d.ö.R.), Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Professor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena) statt.

Belsen. Geschichte der Gedenkstätte

Vor zehn Jahren erschien eine 156 seitige-Begleitbroschüre, die auch eine Audio-CD mit der Rede von Bundespräsident Theodor Heuss am 30. November 1952 bei der Eröffnungsveranstaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen enthält. Das Buch kann für 3 Euro vor Ort im Buchshop oder online erworben werden.



Antisemitismus für Anfänger

Was ist die jüdische Antwort auf Antisemitismus? Die Ausstellung „Antisemitismus für Anfänger“! Myriam Halberstam, Verlegerin des Ariella Verlags, näherte sich mit etlichen Mitstreiter:innen dem Thema Antisemitismus auf humorvolle Weise: In ihren Cartoons und Texten ziehen sie den Antisemitismus ins Lächerliche.

Unter dem Brennglas des Humors entsteht so eine Momentaufnahme des Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Die Ausstellung lädt ein zum Lachen über den alltäglichen Antisemitismus. Humor kann unseren Ängsten das Bedrohliche nehmen, sie entschärfen und uns unsere Handlungsfähigkeit zurückgeben. Mit Cartoons und Texten zeigt die Ausstellung das Komische und das zutiefst menschlich Blöde im Antisemitismus.

Ausstellungseröffnung am Montag, 20. März 2023, 19.00 Uhr, mit einer Einführung durch Myriam Halberstam - Synagoge Celle, Im Kreise 24, Eintritt frei

Größter gemeinsamer Realitätsverlust?

Zu unserer „Alpha E“-Berichterstattung im letzten Heft erreichte uns eine abweichende Lesermeinung, die wir hiemit mal zur Kenntnis geben:

Der 2015 mit dem sog. Alpha-E-Kompromiss – Ausbau der bestehenden Strecke statt Neubau – scheinbar endende Streit um den Bahnausbau durch den LK-Celle flammt nun aufgrund von Neubauplänen der DB wieder auf.

Alpha-E, ein Kompromiss auf falscher Grundlage

Wahrscheinlich gingen bei dem 2015 erzielten Kompromiss, Ausbau statt Neubau, alle Beteiligten gewollt oder ungewollt von falschen Voraussetzungen aus. Die Gegner einer Neubaustrecke forderten zurecht für den Personenverkehr den Erhalt der Anbindung von Celle und Lüneburg an das schnelle Nord-Süd Personenverkehrs-Netz der Bahn. Die Vertreter der Bahn wollten dagegen ursprünglich eine zusätzliche Neubaustrecke an Celle und Lüneburg vorbei durchsetzen, zwar auch für beschleunigten Personenverkehr, aber vor allem für zusätzlichen Güterverkehr. Was den Personenverkehr betrifft, hatten und haben die Neubaugegner sicher recht: Was nützen 13 min Zeiteinsparung, wenn dafür eine ganze Region vom schnellen Fernverkehr abgehängt wird? Was den Güterverkehr betrifft, argumentierten wohl beide Seiten an der tatsächlichen Sachlage vorbei. Nicht verwunderlich, denn sachliche Probleme erfordern sachliche Lösungen und keine politischen Kompromisse. Denn was den Güterverkehr betrifft, gingen offensichtlich die Vorstellungen der Neubaugegner und auch die der Bahn an der Realität vorbei.

Bahn statt Lkw erfordert eben mehr Schiene!

Fest stand schon 2015, für eine Energiewende zu CO₂-Null müssen ca. 90 % des LKW-Güterfernverkehrs auf die elektrifizierte Schiene. Die von den Neubaubefürwortern prognostizierte Zunahme des Schienen-Güterverkehrs von und zu den Seehäfen Richtung Süden war unter dieser Voraussetzung einerseits richtig. Andererseits war sie wohl übertrieben, da sie beständiges Wirtschaftswachstum und eine Zunahme der globalen Warenströme voraussetzt. Doch nicht erst heute muss man – wie die Versorgungskrisen durch die Corona-Pandemie und den Ukrainekrieg beweisen – von einer deutlichen Rückkehr zu lokaler und regionaler Produktion ausgehen, was den Güterfernverkehr reduzieren würde. Und für jeden, dessen Weitblick nicht durch Wachstumsideologie getrübt ist, war auch schon vor 2015 klar, dass für ein Abbremsen der Klimakatastrophe das Wirtschaftswachstum gesenkt werden muss. Doch selbst bei einer dadurch bedingten, deutlichen Abnahme des Güterfernverkehrs in Deutschland bedarf eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene immer noch den oben geschilderten Ausbau des Schienennetzes für den Güterverkehr. Es hätte schon damals klar sein müssen, dass diese Aufgabe durch eine vom Personen- und Güterverkehr gemeinsam genutzte Alpha-E-Strecke durch Celle und Lüneburg nicht gelöst werden kann. Nicht vom Zweck her aber immerhin von den Auswirkungen her hatte das übrigens auch der Kreistag Lüneburg erkannt, der sich angesichts unlösbarer Lärmschutzprobleme eindeutig gegen Alpha-E erklärte.

Wieder nur Stückwerk bei der Bahn

Inzwischen haben unter diese Voraussetzungen auch die Planer der Bahn die Untauglichkeit von Alpha-E erkannt und wollen nun doch eine Neubaustrecke, die allerdings immer noch „blindlings“ auf den Seehafen Hamburg fixiert ist. Doch egal ob Anbindung der Seehäfen von Rotterdam, Wilhelmshaven, Hamburg oder die der zukünftigen Feh-



marnbelt-Querung hin zu Skandinavien, die Notwendigkeit des Zubaus zweier Nord-Süd-Güterverkehr-Magistralen im Westen Deutschlands am Rhein entlang Richtung Schweiz-Gothard und im Osten Deutschlands Richtung Österreich, Brenner, Italien ist seit Jahrzehnten bekannt. Doch eine östliche Nord-Süd-Güterverkehr-Hauptachse geht sinnvollerweise sicher nicht durch Celle oder an Celle vorbei, sondern weiter östlich zumindest teilweise durch die neuen Bundesländer. Egal ob von den Seehäfen aus oder von Skandinavien aus, je nach Transportziel würde dann die Hauptlast der Güter über eine dieser beiden Güterverkehrsmagistralen fließen. Für den Rest müsste man die bereits bestehenden Schienenstrecken bzgl. des Güterverkehrs dann nur noch relativ gering modifizieren. Mit solch einer zukunftsfähigen Lösung des Güterfernverkehrs, könnte man Lüneburg und Celle weitgehend vom Güterverkehr entlasten und mit relativ geringem Aufwand auf der bestehenden Strecke den Personen-Schienenfernverkehr optimieren. Sowohl für den Güterverkehr und vor allem auch für den Personenverkehr würde dann statt Alpha-E der Zubau einiger Überholgleise genügen.

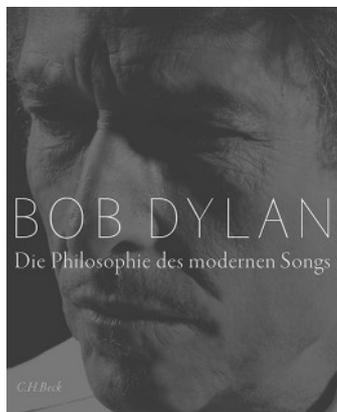
Ergebnis einer Politik am Gängelband der Lkw-Lobby

Das alles weiß man, wenn man es wissen wollte, eigentlich bereits seit Jahrzehnten, es wurde aber durch die Straßenverkehrs- und Lkw-Mafia notfalls unter dem Beifall von Bürgerinitiativen (Not in my Backyard) bislang ignoriert und ggfs. wurden dafür falsche Kompromisse propagiert. Es ist auch kein Zufall, dass mit Wissing wieder ein Straßenverkehrs-Fetischist zum Verkehrsminister wurde. Sekundiert wird er dabei von unserem niedersächsischem Lokalmatador, dem SPD-Vorturner Lars Klingbeil, der verkündet, für den beschleunigten Ausbau der Infrastruktur sei wegen des Lkw-Verkehrs der Ausbau der Straßen genauso wichtig wie der der Schiene. Angesichts eines galoppierenden Klimawandels reiht sich Klingbeil damit unter die an Realitätsverlust leidenden „Realpolitiker“ ein.

Neues aus der Stadtbibliothek

Bob Dylan

Philosophie des modernen Songs



Man muss es leider sagen: ein Buch für alte weiße Männer. Aber die könnten ihre Freude daran haben. Der Literaturnobelpreisträger liefert „Literatur“. Zu jedem der 50 ausgewählten Songs, von denen höchsten die Hälfte unter den 500 Besten aller Zeiten des Rolling Stones-Magazin zu finden sind, gibt es einerseits Assozi-

ationen, die einen teilweise schwindelig werden lassen angesichts ihrer wilden Subjektivität, andererseits oft in einem zweiten Block „Philosophisches“ zu Singer (ja, in der Regel Männer) und/oder Song.

Richtig „Spaß machen“ kann das Buch, wenn man jeden der Songs vor der Textlektüre einmal, z.B. bei Youtube, anhört.

Dylan, Bob: Philosophie des modernen Songs. München C.H. Beck 2022, 352 Seiten, Bestseller Sachbuch

Das Klimabuch von ...

... Greta Thunberg

Wer stand in der Woche vor Weihnachten auf Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste Sachbuch? Michelle Obama mit „Das Licht in uns“ und nicht „Das Klimabuch von Greta Thunberg“. Das sagt einiges über den Zustand der deutschen Gesellschaft.

Zu ihrem „Klimabuch“ hat Thunberg zahlreiche führende Wissenschaftler:innen, Expert:innen, Aktivist:innen usw. eingeladen, ihr jeweiliges Fachwissen beizutragen. Die umfassende Sammlung von Artikeln zur Nachhaltigkeitskrise mit einem klaren Fokus auf Klima und Ökologie hat so den Charakter eines Handbuchs.

Die einzelnen Kapitel werden eingeleitet von Thunberg, was sich zu rund 80 Seiten addiert. Darin nimmt sie argumentierend die Themen auf, die sie in ihren Reden gesetzt hat: Wir stehen am Abgrund. Politik versagt durch Lügen und Beruhigungs-Narrative.

Ihre Ursachenanalyse, die mit einem Fachaufsatz von Jason Hickel gestützt wird, lautet so: „Nicht die Menschheit hat diese Krise hervorgebracht - sie wurde

vielmehr von den Machthabenden geschaffen, die genau wussten, welche unbezahlbaren Werte sie opferten, um unvorstellbare Geldmengen zu verdienen und ein System zu erhalten, das ihnen nützt. Es sind - unter anderem - die Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen, die solche perversen Ungleichheiten hervorbringen und uns damit auf den ökologischen Abgrund zusteuern. Es ist die Idee unendlichen Wachstums auf einem endlichen Planeten.“

Eine schlüssige Antwort darauf, wie der notwendige Systemwandel herbeigeführt und gelingen kann, hat sie nicht. Ihr letztes Kapitel trägt den Titel „Was tun?“, gewollt oder zufällig eine Anspielung auf Lenins berühmte Schrift, in der – verkürzt gesagt – der Weg zu einer „Avantgarde des Proletariats“ für die Revolution begründet wird. Thunberg predigt jetzt nicht einen leninistischen Parteaufbau. Ihre Hoffnung und ihr Ziel ist, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung gesellschaftlich zu einer kritischen Masse wird: „Ich bin überzeugt, dass es gesellschaftliche Kippunkte gibt, die sich zu unseren Gunsten auswirken, sobald genügend von uns sich entschließen, etwas zu unternehmen.“



Foto: Kim Jakobsen To

Thunberg, Greta: Das Klima-Buch von Greta Thunberg. Frankfurt a.M. S. FISCHER 2022, 512 Seiten, Bestseller Sachbuch.

... und noch ein paar Neuerwerbungen

Neubauer, Luisa-Marie / Reemtsma, Dagmar: Gegen die Ohnmacht. Meine Großmutter, die Politik und ich. Stuttgart, Tropen 2022, 224 Seiten, Bestseller Sachbuch

Precht, Richard David / Welzer, Harald: Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. Frankfurt a.M., S. Fischer 2022, 288 Seiten, Bestseller Sachbuch

Galbraith, Robert: Das tiefschwarze Herz. Ein Fall für Cormoran Strike. München, Blanvalet 2022, 1360 Seiten, Bestseller Romane

Aydemir, Fatma: Dschinns. München, Hanser 2022, 366 Seiten, Bestseller Romane

Bilkau, Kristin: Nebenan. Roman. Darmstadt, Luchterhand Literatur-Verl. 2022, 288 Seiten, Belletristik

l'Horizon, Kim de: Blutbuche. Roman. Köln, DuMont 2022, 336 Seiten, Bestseller Romane

Aufruf zur Osteraktion in Unterlüß am 8. April 2023

Der Krieg muss enden! Gewaltfreiheit wirkt!

Am Ostersonntag, 8. April 2023, versammeln wir uns zu einer gewaltfreien Aktion für den Frieden in Unterlüß, um 11 Uhr im Bürgerpark.

In der von Militär geprägten Südheide ist Unterlüß Standort eines Rheinmetall-Betriebes. Seit mehr als 100 Jahren werden hier Militärfahrzeuge, Waffen und Munition hergestellt und erprobt. Fast 60 Quadratkilometer werden für die Produktion von Tötungsmaschinen und -material verbraucht:

Krieg beginnt auch hier!

Am 24. Februar 2022 begann die Invasion russischer Truppen in die Ukraine. Der Angriffskrieg hat zu Zehntausenden Toten, Hunderttausenden Verletzten und Millionen Geflüchteten geführt. Rheinmetall gehört zu den Profiteuren des Krieges.

Die deutsche Regierung hat per Grundgesetzänderung ein 100 Milliarden Euro umfassendes „Sondervermögen“ für die Bundeswehr beschlossen – zusätzlich zum Verteidigungshaushalt. Mit jährlichen Ausgaben von 2% des Bruttoinlandsprodukts hat Deutschland bald nominal den drittgrößten Militäretat der Welt – nach den USA und China. Die Solidarität mit der Ukraine soll die Akzeptanz für ein solches Aufrüstungsprogramm erhöhen.

Diese Politik lehnen wir Unterzeichnenden ab. Die Waffen müssen schweigen! Wir fordern heute von der Regierung und allen am Krieg Beteiligten: Stoppt die Rüstungsspirale und das Setzen auf militärische Überlegenheit! Alle Anstrengungen müssen sich auf eine diplomatische Lösung richten – Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!

Jeder Euro, Dollar oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt im Kampf gegen globale Menschheitsprobleme wie die Klimakrise, Hunger, Armut oder tödliche Krankheiten

wie Covid 19. Mit militärischen Mitteln lässt sich keines dieser Probleme lösen. Lösungen gibt es nur gemeinsam und durch Abbau von globaler Ungerechtigkeit und Unterdrückung und durch zivile Konfliktbearbeitung.

Wenn wir uns zu Ostern und an anderen Tagen in Unterlüß treffen, richtet sich dieses nicht gegen die Bewohner*innen der Gemeinde, die möglicherweise auch bei Rheinmetall ihren Lebensunterhalt verdienen.

Wir wollen miteinander ins Gespräch kommen über Alternativen zu Rüstung und Krieg, über die Möglichkeiten der Umwandlung von Rüstungsproduktion zur Herstellung ziviler Güter.

Deshalb versammeln wir uns am Ostersonntag 2023 im Bürgerpark Unterlüß unter dem Leitgedanken:

„Der Weg zum Frieden ist der Frieden – Gewaltfreiheit wirkt!“

Wir hören verschiedene Berichte über die Wirksamkeit zivilen Widerstands und gewaltfreier Aktion. In anschließenden Gesprächsgruppen können wir uns – gerne auch kontrovers – austauschen. Wir wollen eine Welt, in der alle Menschen frei und sicher leben können. Wir wollen Unternehmen, die für das Leben produzieren.

Im Anschluss an die Versammlung im Bürgerpark besteht die Möglichkeit, zum Rheinmetall-Werk zu spazieren.

Samstag, 8. April 2023, 11 Uhr im Bürgerpark in Unterlüß (Ortsmitte)

Es rufen auf:

Dr. Sibylle Hoffmann (Hamburger Volksinitiative gegen Rüstungsexporte), Elisabeth Hafner, Dieter Reckers (beide Wendland), Angelika Cremer (Sprecherin Geschichtswerkstatt Gem. Faßberg), Holger Griebner (Hamburger Forum f. Völkerverständigung & weltweite Abrüstung e.V.), Malcolm Chamberlain (KV der St. Laurentius Kirchengemeinde Faßberg-Müden), Reinhard Rohde (Kreistagsabgeordneter Celle, DIE LINKE), Klaus Meier (Celle, Sprecherkreis VVN-BdA Niedersachsen), H-D Charly Braun (Lüneburger Heide, Gewerkschaftsfunktionär & Gewerkschaftliche Initiative für Frieden und Konversion), Werner Behrens (DGB Kreisvorsitzender KV Nienburg & Gewerkschaftliche Initiative für Frieden und Konversion), Friedhelm Korth (Wendland, Gewerkschaftsfunktionär & Gewerkschaftliche Initiative für Frieden und Konversion), Susanne Politt (Nienburg, GEW-Mitglied & Lebenslaute), Doris Artelt (Müden/Ö., VERDI-Mitglied), Prof. Dr. Moritz Fischer (Hermannsburg, FHS für interkulturelle Theologie), Renate Gerstel (Soltau, Gewerkschaftsfunktionärin im Heidekreis), Reinhard Riedel (Soltau, GEW-Mitglied), Claudia Dettmar-Müller (Bergen)



WO SEID IHR ALLE?

Eine lokale Befragung

- So konnten Kneipengespräche früher einmal laufen: „Das ist ja wohl coolste Bandname: OZSWMK!“ - „Häh?“ - „Ostzonensuppenwürfelmachenkrebs, ne Indie-Formation aus Hamburg.“ „Einspruch. Neben der *bol-schewistischen Kurkapelle* ist da ja wohl zuerst die *Linkssentimententale-Transportarbeiter-Brigade* zu nennen ...“

- Früher, ja früher war mehr Lametta, und es gab früher auch viel mehr Kneipen hierzulande. Und die Leute gingen auch dorthin; die Jungen aber auch die Alten.

Menschen trafen einander ohne eine dezidierte Verabredung – es war nur ungefähr absehbar, auf wen man/frau dort treffen mochte; - es wurde gewissermaßen offen eingeladen und sich angeboten. Zum Reden oder Schweigen; manchmal auch Beides zugleich und grundiert mit teils fragwürdigem Trinkverhalten.

Früher meint hier die Zeit, um die herum Johann Cruyff der beste Fußballer der Galaxie war und einmal gar Vizeweltmeister wurde.

- Wir Überlebenden von damals sitzen heute wohl vor den Trümmern geborstener Beziehungen und geplatzter Träume; oder zur Couchpotato mutiert, kurzbehost und übergewichtig im Klappstuhl vorm eigenen Wohnmobil in irgendeinem Naherholungsgebiet. Jedoch auch damals hieß es gelegentlich schon von Dichters Hand:

„Wie viele sind wir eigentlich noch /-der dort an der Kreuzung stand, war das nicht von uns einer, jetzt trägt er eine Brille ohne Rand.

Wir hätten ihn fast nicht erkannt.

Wie viele sind wir eigentlich noch.

-war das nicht der mit der Jimi-Hendrix-Platte /Jetzt soll er Ingenieur sein.

Jetzt trägt er einen Anzug und Krawatte. Wir sind die Aufgeregten. Er ist der Satte.

-wer sind wir eigentlich noch /Wollen wir gehen?

Was wollen wir finden /Welchen Namen hat dieses Loch,

in dem wir, einer nach dem andern, verschwinden

(Th Brasch, 1973)

- Nun, die Kneipe war seinerzeit der öffentliche Ort, an welchem die Leute privat sein konnten, ohne dieses Verschwinden. Ganz im Gegenteil: Es konnte nach Herzenslust polemisiert, revoltiert werden, ähnlich wie in den vulkanischen Zeiten des „Romanischen Cafés“ im Berlin seligen Angedenkens einhundert Jahre zuvor.

Der öffentliche Raum, verprivatisiert von Weltverbessern, Filmkritiker: innen, musikalisch Innovativen, Lyrisch Begabten und Fußballexpert:innen.

Ach, es gibt Zeiten, da fliegen mehr Antworten durch die Luft, als Fragen auf dem Tisch liegen.

Für das Café, insbesondere aber für die Wirtschaft, das Gasthaus, die Bar und die Kneipe war Notzeit noch stets Blütezeit. Haben wir denn gar keine Not? Und wer ist das - WIR?

Erfreulich groß ist doch gegenwärtig noch ist der Haufe von Leuten, die sich projektbezogen abmühen in Umwelt-, Kultur-, Verkehrs-, Friedens- und Fortschrittsdingen.

- Doch wo, wo ist das freie Spiel? Der genialische Pass in den freien Raum?

Wo ist der Cruyff-Spirit unserer Tage? Wo der Blick für die mitspielenden Leute?

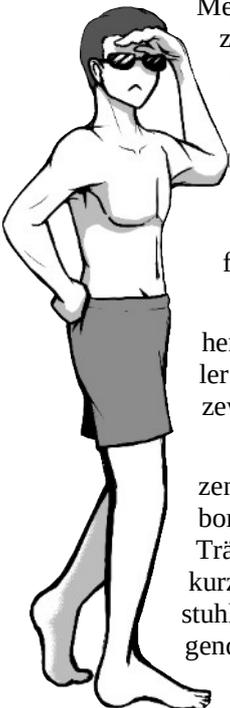
Wir haben nun doch dieses unselige „vernünftige Doppeljahrhundert“ (1789 – 1989) eigentlich lang genug hinter uns - wo ist denn die Denke der Gegenwart oder der Zukunft gar? Ein Denken, das nicht nach ewig alten gedankenschweren Ideologien schmeckt. Von Leuten, die keine Fragen mehr zu haben scheinen, die immer alles zu wissen glaubten und denen doch der Weltenlauf im gegebenen Augenblick so überraschend in die Quere kommt?

„Diese chaotische Masse von materiellen Errungenschaften, Sitten, Gewohnheiten und Vorurteilen, die wir Zivilisation nennen, hypnotisiert uns und verleitet uns zu der falschen Vorstellung, daß der menschliche Fortschritt bereits seine größten Erfolge erreicht habe. Auf einmal erinnert uns der Krieg daran, daß wir immer noch auf allen vieren laufen, und daß wir immer noch nicht über das barbarische Zeitalter unserer Geschichte hinausgekommen sind.“

Antid Oto alias L. Trotzki, 1912 in der Zeitung Kijewskaja Mysl

Liebe Lesende der revista - wie denkt ihr das?

Mail bitte an [sheldon.cooper\[at\]live.de](mailto:sheldon.cooper[at]live.de)



Schluss mit Wachstumswirtschaft

„Hatte Marx doch recht?“ titelte der SPIEGEL zu Jahresbeginn, um gleich den „tröstlichen“ Untertitel hinterherzuschicken: „Warum der Kapitalismus so nicht mehr funktioniert — und wie er sich erneuern lässt.“ Das es mit einer „Erneuerung“ nicht getan sein wird angesichts von Klimakatastrophe und Artensterben, werden Ende Februar/Anfang März in Veranstaltungen in Celle erläutern: Birgit Mahnkopf und Ulrike Herrmann.

Mahnkopf ist emeritierte Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Zusammen mit Elmar Altvater hat sie 1996 die „Grenzen der Globalisierung“ analysiert. Im letzten Jahrzehnt hat sie sich intensiv mit der Frage beschäftigt, ob in wachstumsorientierte Wirtschaftsmodellen die ökologischen Krisen bearbeitet werden können.

Ihre Antwort ist, genau wie die der taz-Journalistin und Bestseller-Autorin Ulrike Herrmann: Nein! Herrmanns Buch „Das Ende des Kapitalismus“ haben wir im letzten Heft kritisch rezensiert. Im Buch kommt sie zu dem folgendem Ergebnis:



Ulrike Herrmann

Die Industrieländer müssten sich vom Kapitalismus verabschieden und eine Kreislaufwirtschaft anstreben, in der nur noch verbraucht wird, was sich recyceln lässt. Es gehe um „grünes Schrumpfen“. Als Modell, das dies ermöglichen würde, diskutiert sie die britische Kriegswirtschaft ab 1940, die demokratisch geplante Rationierung zur Grundlage hatte. - Da gibt es Übereinstimmungen mit Birgit Mahnkopf, wie nebenstehender Interviewauszug zeigt.

Freitag, 24. Februar, 18.30 Uhr, vhs Celle (Saal)

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Berlin

"Zur Kritik des Green New Deal: „Klimaneutralität“ und „grünes Wachstum“ auf dem Prüfstand"

Donnerstag, 9. März. 18.00 Uhr. Kunst und Bühne

Ulrike Herrmann, Berlin

Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind - und wie wir in Zukunft leben werden

Der Eintritt zu beiden Veranstaltungen. Mitveranstalterin ist in beiden Fällen die RLS Niedersachsen. Zur Veranstaltung mit Ulrike Herrmann lädt daneben u.a. der DGB Nordost-Niedersachsen ein.

Birgit Mahnkopf: Wir brauchen eine gesteuerte Sparsamkeit

In den Umweltbewegungen werden ja meistens die Konsumerwartungen der vielen thematisiert. Aber sind die Kapitalinteressen der wenigen nicht viel entscheidender?



Diese beiden Aspekte lassen sich nicht voneinander trennen. Wir leben in einer Warengesellschaft, in der nicht nach essenziellen Bedürfnissen und Notwendigkeiten, sondern allein danach gefragt wird, wie eine hergestellte Ware abgesetzt wird. Profite müssen generiert und reinvestiert werden. Die Konsument:innen sind ein elementarer Bestandteil dieses Systems, und «consumere» hat, daran sei hier erinnert, im Lateinischen auch die Bedeutung «zerstören». Etwas wird aufgebraucht. Das ist im Kapitalismus unverzichtbar – ohne Konsum weder Profit noch Produktion. Es kann also keine Rede davon sein, dass Konsuminteressen schlimmer oder weniger schlimm seien als Profitinteressen. Die Ware hat diese beiden Seiten. Wenn sie nicht konsumiert wird, erzeugt sie keinen Profit. Die radikale Alternative – weniger von allem – stellt sowohl für die Kapitaleigner:innen als auch für die Konsument:innen eine Bedrohung dar. Wir haben es also mit einer problematischen Liaison zwischen den Profiteur:innen dieser Gesellschaftsformation und denjenigen zu tun, die eigentlich ein Interesse an Veränderungen haben müssten. [...]

Zumindest in Europa wissen wohl die meisten Menschen, dass etwas und was grundlegend geändert werden müsste, wenn tatsächlich eine halbwegs nachhaltige Produktions-, Verkehrs- und Lebensweise angestrebt würde. [...] Unstrittig aber dürfte sein, dass Pläne und viele Verhandlungen an die Stelle des Marktes treten müssten.

Also Planwirtschaft?

Es stimmt natürlich, dass es in der Vergangenheit fehlgeleitete Planwirtschaften gab. Trotzdem sind Pläne notwendig, wenn Gesellschaften mit physischem Mangel und mit geopolitischer Knappheit konfrontiert sind und wenn es darum geht, sozial gerecht und friedlich mit diesen unvermeidlichen Konstellationen umzugehen. Dann braucht man zwangsläufig Rationierung. Ich verwende diesen Begriff, bei dem alle zusammensucken, ganz bewusst, um deutlich zu machen: Wenn Wasser, fruchtbares Land und viele Metalle zu knappen Ressourcen werden, dann muss es Verhandlungen und global gerechte Entscheidungen darüber geben, wofür sie verwendet werden sollen.

Klima und Markt : «Wir brauchen eine gesteuerte Sparsamkeit»; in: WOZ - Die Wochenzeitung, 15. Juli 2021

Es müssen nicht alle Räder laufen

Waren wir nicht schon einmal weiter, auch und gerade hinsichtlich der Wachstums- und Fortschrittsgewissheiten der alten (und neuen) Linken? Den Älteren unter unseren Leser:innen werden die Namen Günther Anders, Andre Gorz oder Ivan Illich noch etwas sagen. Und die ökologische Krise war mit der Studie „Grenzen des Wachstums“ jenseits der bornierten Standpunkte von DKP und ML-Parteien unhintergebar.

Am interessantesten nachvollziehbar ist dies vielleicht am „Kommunistischen Bund“, dem sogenannten KB-Nord, der vor allem über seine Zeitschrift „Arbeiterkampf“ (heute „Analyse & Kritik“) die ökologischen Diskurse aufgriff. 1980 trennte sich die „Gruppe Z“ vom KB, deren danach prominentesten Protagonisten Thomas Ebermann, Rainer Trampert und Jürgen Reents waren. Mit der Gründung der Grünen bildeten sie den öko-sozialistischen Flügel der Partei, der – nebenbei – bis 1990 auch den Celler Kreisverband dominierte. Bei den Grünen waren Ebermann und Reents dann Bundestagsabgeordnete, Trampert war zusammen mit Jutta Ditzfurth Parteiprecher (= Parteivorsitzender).

1984 erschien von Trampert und Ebermann das Buch „Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei“. Hätte es nicht diesen zeitgeistigen Titel würde es vielleicht heute als Grundlagenwerk für die ökosozialistische Linke in Deutschland wahrgenommen werden.

Auch ohne (seinerzeit) gesicherte Kenntnisse zur Erderhitzung hieß es in den ersten vier von zwölf Thesen zur „Ökologischen Krise und gesellschaftlichen Umwälzung“:

„1. Die Menschheit zerstört gegenwärtig ihre natürlichen Lebensgrundlagen.

2. Die Zerstörung hat offensichtlich mit den inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu tun (Zwang zu Wachstum, Akkumulation, rücksichtslos aus Gründen von Profit, Konkurrenz). Dieser muss überwunden werden.

3. Der real existierende Sozialismus beweist, dass eine bestimmte Überwindung des Kapitalismus, die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, keine Lösung der Krise der äußeren Natur erbringt.

4. Die notwendige Rettung menschlicher Lebensbedingungen in der äußeren Natur erfordert einschneidende Veränderungen in der Produktion und damit in den Konsumgewohnheiten der Mehrheit der Menschen in den industriellen Metropolen.“

Die Erkenntnis, dass dies für die Partei Die Grünen dann doch kein „realistisches Konzept“ war, führte 1990 zum Abschied der ökosozialistischen Fraktion.

Nun waren Trampert und Ebermann schon 1984 „schlau“ genug, nicht auf irgendwelche parlamentarischen Mehrheiten zu schauen. Sie stellten sich die (gerade wieder sehr aktuell gewordene) Frage, welcher Weg eine Gesellschaft „ökologischer Vernunft“ ermöglicht, „ohne despotisch-diktatorische Maßnahmen des Staates gegen die Menschen.“

Im Jahr des Erscheinens des Buches zeigten mehrwöchige Streiks für die 35-Stunden-Arbeitswoche durch die IG Druck und die IG Metall (fast ein letztes Mal) eine anti-produktionistische Stoßrichtung. Es war deshalb nicht gänzlich aus der Zeit gefallen, dass Trampert/Ebermann die Antworten auf der Ebene von Bedürfnissystemen suchten, zumal auch die Alternativbewegung gerade auf ihrem Höhepunkt war.



In These 9 heißt es: „Radikale Bedürfnisse, die etwas anderes sind als eine Kopie der Lebens- und Konsumbedingungen der herrschenden Klasse, die u.a. auf menschliche Kreativität, Gesellschaftlichkeit, Naturgenuss etc. zielen, bilden schon heute Motive der Rebellion gegen dieses System.“

Und Trampert/Ebermann zogen den Schluss: „Wenn es richtig ist, was Marx sagt, [...] daß eine radikale Revolution nur die Revolution der radikalen Bedürfnisse sein kann, dann müssen wir uns auf die Suche machen, welche radikalen Bedürfnisse viele Menschen empfinden oder entfalten wollen [...] und so als Motiv zur Umwälzung wirken.“

Wie schon bei 68er-Bewegung kam nicht mehr heraus als eine Modernisierung der bürgerlichen Gesellschaft und einer Verbesserung der Verwertungsbedingungen des „Humankapitals“. Was ja aber nicht bedeuten muss, die Idee „radikaler Bedürfnisse“ zu entsorgen.

Thomas Ebermann knüpft in seinen Überlegungen zu Möglichkeiten gesellschaftlicher Transformation in Vorträgen jetzt an die Thesen der 1980er Jahre an - in Orientierung an Theorien von Agnes Heller, Karl Marx, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse. Und ein Gedanke von Adorno hat ja auch eine brisante Aktualität gewonnen: Es müssen nicht alle Räder laufen.

Am Freitag, 31. März 2023, kommt er mit seiner „Kritik der Bedürfnisse“ nach Celle: 18.00 Uhr, vhs Celle (Saal), Trift 20, Eintritt frei. Veranstalter ist die RLS Niedersachsen.

300 Jahre Übersetzerinnen und Übersetzer im Celler Land

Von Johann J. Dusch bis Nicola Denis

*Sprache sprachs, trat aus dem Haus
Und kannte fürder Tür noch Tor
Nicht mehr, in sich sich nicht mehr aus
Und stand doch, Sprache, sich bevor . . .*

JÖRN EBELING
Die unerlöste Sprache (1969)

Sie sind im Sprach-Fluss zuhause, setzen von einer auf die andere Seite des Ufers über, kennen Fähnisse beider Seiten, die Transporteure unterschiedlichster Frachten, sie eröffnen uns nahe und ferne Sprachräume und sind seit Ende des 17. Jahrhunderts auch hier aufzufinden. Chronologisch aufgeführt lauten ihre Namen, soweit sie bekannt sind: *Johann H. Schmucker, Christoph L. Bilderbeck, Johann H. Steffens, Johann J. Dusch, Johann Ch. Bode, Hermann W. F. Ueltzen*. Für das 20. und 21. Jahrhundert stehen: *Fritz Grasshoff, Arno Schmidt, Karl-Heinz Bolay, Hans Wollschläger, Dorothee Asendorf, Jörn Ebeling, John E. Woods, Wolfgang Schlüter, Oskar Ansull, Claude Riehl, Werner Schmitz, Silvia Morawetz, Karsten Singelmann, Hans Pleschinski, Angela Hoffmann, Thorsten Alms, Claudia Ott, Nicola Denis* ...

Der 1725 in Celle geborene Johann J. Dusch ist als einer der frühen in Celle aufgewachsenen Übersetzer anzusehen. Er war Schüler der Lateinschule und wurde später als Autor und Übersetzer aus dem Englischen bekannt. Er veröffentlichte Werke von Alexander Pope, Conyer Middleton, David Hume, D. Edward Young ins Deutsche und trug zur Rezeption der einflussreichen Dichter bei. Die jüngste Übersetzerin im Reigen der „Celler“ Fährleute ist zurzeit Nicola Denis. Sie wurde 1972 in Celle geboren und lebt als Übersetzerin und Autorin seit 2002 in Westfrankreich.

*„Alles, was je schrieb, in Liebe und Haß, als
immerfort mitlebend zu behandeln“,*

nimmt sich Arno Schmidt im „Vorspiel. Darmstadt i. d. Barbarei“ im Jahre 1958 vor. Es war auch das Arbeitsmotto meines literarischen Rechercheprojekts *„Heimat, schöne Fremde“* (2019), bei dem es weder um Leistungsvergleiche noch literarische Höhenwanderungen ging, sondern um eine Sichtung, die längere Betrachtung regionalen Erbes, Versuch einer kulturellen Vermessung, bei der mehr herausgekommen ist, als manche Skeptiker erwartet haben – *mehr als die Stadt Celle verdient hat*, meinte Joachim Kersten bei der Buchvorstellung im Celler Schlosstheater.

Das gilt hier auch für die übersetzende Zunft, die sich

über einen Zeitraum von knapp 300 Jahren am Ort eingefunden hat; mehr als zwanzig (bisher) nachgewiesene literarische Übersetzerinnen und Übersetzer aus dem Albanischen und Arabischen bis zum Weißrussischen. Für eine überschaubare Kleinstadt, die im 17. Jahrhundert etwa 3.700 Einwohner zählte, mit dörflicher Umgebung, ist dies bemerkenswert. Gewiss, nicht alle die Fährleute sind hier geboren oder aufgewachsen, sind oft nur temporäre oder ansässig gewordene Zuzügler, bilden aber, wenn auch zumeist im Verborgenen, das kulturelle Klima einer Region, den Sprachatem mit ab.

In frühen Zeiten hatten der Hof, die protestantische Kirche, das Gericht und die Celler Lateinschule wesentlichen Einfluss auf die intellektuelle Entwicklung vor Ort. Es wurde nicht nur das Übersetzen aus dem Lateinischen, Griechischen und Hebräischen ins Deutsche gepflegt, ebenso die englische, französische, italienische und wohl auch dänische Sprache, die am Herzoghof und somit auch in den gehobenen Kreisen der Stadt gesprochen wurden, zu hören waren. Dass in Celle angeblich das reinste Hochdeutsch zuhause sei, ist eine noch zu überprüfende Legende des 19. Jahrhunderts, die auch der Literaturhistoriker Karl Goedeke mit verbreitet hat. Auch Teile des Handwerks und Handels gehörten zu Celles tonangebende Kreise, hinzu kamen die in feinmechanischen Berufen ausgebildeten wie gebildeten fremdsprachigen Zuwanderer, die sich ins vorherrschende plattdeutsche Sprachklima mischten. Ein Klima, das die Ausbildung hochdeutschen Sprechens und Schreibens wohl begünstigte, eine Keimzelle für angehende Übersetzerinnen und Übersetzer vom 17. bis ins 20. Jahrhundert, denn allein lokale Dialekte sind oder waren fürs Übersetzen eher nicht förderlich. Dies spezielle Sprachkapitel ist meines Wissens für diese Stadt bisher noch nicht geschrieben worden.

Die „Celler“ Fährleute erstmals in einer Überschau zu würdigen und einige der gegenwärtig hier lebenden oder von hier stammenden Übersetzerinnen und Übersetzer in den Fokus zu rücken und aufzuzeigen, dass sie als solche eine, wenn auch kleine Geschichte vor Ort haben, ist Anlass des Treffens, das in der letzten Märzwoche dieses Jahres in Celle stattfinden wird. Mit:

NICOLA DENIS, die 1972 in Celle geboren wurde und aufgewachsen ist, lebt seit 2002 als freie Übersetzerin und Autorin in Westfrankreich. – SILVIA MORAWETZ, 1954 in Gera/Thüringen geboren, Studium der Anglistik, Amerikanistik und Germanistik in Leipzig. Seit 2003 lebt und arbeitet sie als freie Übersetzerin in Celle. – CLAUDIA OTT, 1968 in Tübingen geboren, studierte Orientalistik und lebt seit 1999 als freischaffende Übersetzerin, Musikerin und Autorin in Beedenbostel. – WERNER SCHMITZ, 1953 in Köln geboren, lebt seit 2002 als Übersetzer aus dem Amerikanischen und Englischen in Celle.

Hinzu kommen: CLAUDIA KRAMATSCHEK als Moderatorin und Literaturkritikerin. Seit 2019 ist sie festes Mitglied des Koordinationsteams der UNESCO City of

Literature Heidelberg und gehört der Jury zur Übersetzungsförderung von Litprom an. Und als Gast: FRIEDHELM RATHJEN, 1958 in Westerholz geboren, lebt als Übersetzer, Literaturwissenschaftler, Schriftsteller und Herausgeber in Emmelsbüll-Horsbüll.

Abschließend bleibt anzumerken, dass die Fährleute zwischen den Sprachen zumeist vergessen worden sind, ihre Namen und Biographien unterschlagen und Hinweise auf sie oft völlig fehlen. Bis heute sind bio-bibliographische Angaben zu Übersetzerinnen und Übersetzern die Ausnahme. In all dem spiegelt sich die schlechte Honorierung ihrer Arbeit; aber auch Hebammen werden schlecht bezahlt. Es hat sich herumgesprochen: eine gelungene Übersetzung ist Arbeit, Arbeit, Arbeit, ist Brückenbau zwischen Sprachen und Kulturen; sie lässt sich gar nicht hoch genug ansetzen; entsprechend sollten Ingenieursgehälter dafür ausgelobt werden, eine anständige Grundhonorierung von Seitenzahl und Arbeitsstunden, Beteiligung an den Gewinnen, das sollte alles selbstverständlich sein.

Ausführlicher nachzulesen in Oskar Ansell: *Heimat, schöne Fremde. CELLE Stadt & Land. Eine literarische Sichtung.* Gebunden im Schuber, 1000 Seiten, Hannover 2019 (Wehrhahn Verlag)

TERMINE:

Freitag 24. März In der Galerie Dr. Jochim
19:30 Uhr Magnusstraße 5

Von Oedipus bis Zettel's Traum Zwei Berichte

Oskar Ansell: 300 Jahre „Celler“ Fährleute / Friedhelm Rathjen: Arno Schmidt als Übersetz(t)er

Samstag 25. März In der Galerie Dr. Jochim
17:00 Uhr Magnusstraße 5

Übersetzen ins Deutsche Gespräch

Versuch einer Verortung mit Nicola Denis, Silvia Morawetz, Claudia Ott, Friedhelm Rathjen u. Werner Schmitz

Moderation: Claudia Kramatschek

Sonntag 26. März 11:00 - 12:30/13.00 Uhr Matinee im Schlosstheater

Vier „Celler“ Fährleute Lesungen & Gespräche

Nicola Denis, Silvia Morawetz, Claudia Ott und Werner Schmitz stellen aktuelle Proben ihrer Arbeiten vor.

Im Gespräch mit Claudia Kramatschek



Wer es auf die Schnelle noch schafft, sollte sich die Ausstellung von Frau Uhde und Horst G. Brune in „Kultur Trif(f)t“ nicht entgehen lassen – noch bis zum 12. Februar – Öffnungszeiten siehe oben.

Wunschfunk Celle

MUSIKSHOW VON UND FÜR CELLE
MIT DER JAZZBAND WAS NUN

Das Motto des Schlosstheaters lautet „Miteinander ist unsere Kunst“. Deshalb läuft nach dem Krisen-Jahr 2022 in der HALLE 19 noch bis zum 4. März die Wunschfunk-Zeit. Hier mal ein Auszug aus der Theater-PM: „Das Wunschfunk-Team hat Celler Wünsche gesammelt - Wünsche junger und älterer Menschen; Wünsche von Zugezogenen, Alt-ingesessenen, Nachbarn; von Geschäftsinhabern wie Passanten unserer Stadt ... Welche Sehnsüchte sprechen aus diesen Wünsche - welche Hoffnungen und Ermutigungen? Aus all den Wünschen wird eine einzigartige Show von und für Celle gestaltet, werden Celler Songs geschrieben und auch Welthits wie „What a Wonderful World“ aus Celler Perspektive neu interpretiert. Pia, Nora, Lars, Marius und Dirk führen zusammen mit der sechsköpfigen Jazzband WAS NUN durch den Wunschraum unserer einzigartigen Stadt.“

Unsere Feuilleton-Praktikantin war von der Test-Vorstellung sehr angetan, fühlte sich bestens unterhalten ... Unser Redaktionsschluss hat eine Besprechung leider verhindert, genauso wie für den „Mephisto“ auf der Hauptbühne.

Wunschfunk-Termine sind: 2. - 4.2. / 9. + 10.2. / 18.2. / 23.2. / 4.3.

Hermine Katz und das ungeheure Wissen der Dachböden

Kerstin Wittstamm, die Schauspielerin dieses Einpersonenstücks ist vielen Cellern bekannt durch „Emmas Glück“ in der Halle 19 und „Ist das die Liebe?“ in KUNST & BÜHNE – ebenso wie Regisseur Caspar Harlan.



Mit diesem Foto von Liesel Mansfeld mit ihrer Einschulungstüte im Arm hat alles angefangen. Hermine Katz (Kerstin Wittstamm) hat es auf einem Dachboden in der Kirchstraße in Lüchow (Wendland) gefunden. Sie wurde neugierig, hat recherchiert und so die vergessene Geschichte der Familie Mansfeld

ans Tageslicht befördert, die sie im Folgenden erzählt. Ein Albtraum, was Hermine da herausgefunden hat. Ein Albtraum, der nie wieder in Vergessenheit geraten darf – damit Ausgrenzung, Diskriminierung, Ächtung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung sich auf deutschen Boden nicht wiederholen können.

Am Dienstag, den 7. Februar 2023, ist dieses Stück im Kino achteinhalb zu sehen, Einlass: ab 18.30 Uhr, Beginn: 19.30 Uhr – Eintritt: 15,- Euro /ermäßigt: 10,- Euro

10 Jahre Rojava

Im September 2022 veranstaltete medico international eine zweitägige Konferenz, in der ein Blick und Rückblick auf 10 Jahre Rojava geworfen wurde. Die Beiträge der Konferenz sind mittlerweile als Video im Internet zu sehen. Kurz zum Hintergrund:

<https://www.medico.de/10-jahre-rojava>



Abzugeben ist das ver.di-Aktionsfahrrad / Lastenfahrrad (siehe Foto) – nicht unbedingt was für den Alltags-einkauf, aber eben für CO₂-freie Transporte von Aktionsmaterialien. Leider lässt es sich nicht zusammenklappen, heißt: Es braucht Platz. Wer's übernehmen will, schreibt uns eine mail: revista.celle@gmx.de



Videodokumentation: Imperiale Lebensweise

Zum Thema „Ökologische Krise und imperiale Lebensweise“ fand im Dezember in Hannover eine Veranstaltung mit Markus Wissen statt. Er hat 2017 gemeinsam mit Ulrich Brand das Buch "Imperiale Lebensweise" veröffentlicht, das u.a. feministische Sichtweisen auf globale Machtverhältnisse aufgegriffen und wertvolle Anregungen für solidarische Handlungsperspektiven aufgezeigt hat. Die Veranstaltung ist zwischenzeitlich anzuschauen unter:



<https://nds.rosalux.de/dokumentation/id/49764/solidarische-perspektiven>



Kino 8 ½ im Februar

Fr., 03. & Sa., 04. Februar, jeweils 20.30
und Mi., 08. Februar., 19.30

Was man von hier aus sehen kann

Für ein Mädchen, das behütet in einem Dorf im Westerwald bei seiner Großmutter aufwächst, ändert sich das Leben an jenem Tag, nachdem seine Oma von einem Okapi geträumt hat. Jahre später verliebt sie sich als junge Frau, trägt aber die Last der Vergangenheit weiter in sich. Um diese Kerngeschichte herum drapiert die Romanverfilmung zahlreiche schrullige Figuren und entfaltet dank einer sorgsam Inszenierung kongenial die Balance aus Ironie und Intimität. Mit pointierten Dialogen und sparsamer Musikuntermalung demonstriert der Film, wie ungeschönt und schwerelos sich von Tod und Liebe erzählen lässt.

Deutschland 2022 | 109 Minuten

Fr., 10. & Sa., 11. Februar, jeweils 20.30
und Mi., 16. Februar, 19.30

She said

Zwei Reporterinnen der „New York Times“ stoßen bei Recherchen über sexuellen Missbrauch in Hollywood immer wieder auf den Namen des Produzenten Harvey Weinstein. Betroffene wollen sich nicht öffentlich äußern, doch die beiden Journalistinnen lassen nicht locker und sich auch von Drohungen nicht von ihrer Arbeit abbringen. Beeindruckendes Drama über den langen, beschwerlichen Kampf, Angst, Scham und Sprachlosigkeit zu überwinden und sich auch von einem Heer aus Anwälten nicht einschüchtern zu lassen. Die konzentrierte Aufarbeitung des Falles, der eine Lawine ähnlicher Vorwürfe ins Rollen brachte, gibt den Frauen eine filmische Stimme. Ein ebenso zurückhaltender wie äußerst wütender Film.

USA 2022 | 129 Minuten

Fr., 17. & Sa., 18. Februar., jeweils 20.30
und Mi., 22. Februar., 19.30

Maria träumt - Oder: Die Kunst des Neuanfangs

Eine verheiratete Frau Ende 40 fängt als Reinigungskraft in der Pariser Akademie der Künste an. Plötzlich eröffnet sie sich ihr eine völlig neue Welt. Durch die Berührung mit moderner Kunst und den Kontakt mit einer jungen Generation lernt sie, aus sich herauszugehen und nach ihren Sehnsüchten und Interessen zu suchen, und beginnt zu ahnen, dass sie ihr Leben verändern muss. Mit überraschenden Bildideen wird der Wandel im Leben der Hauptfigur vermittelt.

Frankreich 2022 | 92 Minuten

Mo., 20. Februar, 19.30

Unruh

In den 1870er-Jahren wird das Uhrmacherstädtchen Saint Imier im schweizerischen Jura zum Zentrum des Anarchismus. Unter anderem kreuzen sich die Wege von Pjotr Alexejewitsch Kropotkin, einem russischen Geographen, und einer Arbeiterin in einer Uhrenfabrik, die sich bald einer anarchistischen Arbeiterbewegung anschließt. Mit einem ausgefeilten Bildkonzept, das auf Dezentralisierung setzt, geht der Film den Verbindungen von Uhrenarbeit, Anarchismus, Fotografie und globaler Kommunikation nach. Die außergewöhnliche Inszenierung fängt dabei ein historisches Moment ein, in dem die Welt noch offen war für alternative Konzepte von Arbeit und Zeit.

Schweiz 2022 | 98 Minuten

Do., 23. Februar, 19.30

Wer wir waren

Das dokumentarische Essay greift ein fragmentarisches Buchprojekt des Schriftstellers Roger Willemsen auf und führt dessen „Zukunftsrede“ über Erkenntnismangel und Erfahrungslosigkeit der Gegenwart mit Beiträgen von sechs Wissenschaftlern und Forscherinnen fort, die das Thema Klimawandel aus unterschiedlichen Disziplinen und Perspektiven umkreisen.

Deutschland 2021 | 113 Minuten, Eintritt: frei

Fr., 24. & Sa., 25. Februar, jeweils 20.30
und Mi., 01. März, 19.30

Aftersun

Ein elfjähriges Mädchen verbringt die Sommerferien mit seinem jungen Vater in einem türkischen Badeort. Das Zusammensein wirkt zuerst unbeschwert, doch nach und nach mischen sich Momente der Irritation und Beunruhigung in die Zweisamkeit. Das als Rückschau erzählte lyrische Spielfilmdebüt verbindet Camcorder-Aufnahmen mit realen und imaginären Erinnerungen an eine gemeinsam verbrachte Zeit, die bis zuletzt lückenhaft bleibt.

Großbritannien/USA 2022 | 101 Minuten

Do., 03. März, 19.30

Vogelperspektiven

In den letzten 60 Jahren hat Deutschland fast die Hälfte seiner Vögel verloren. Trotzdem ist für uns kein Tier so allgegenwärtig. Doch es gibt immer weniger Lebensraum für Vögel auf der Erde. Vögel sind ein wichtiger Indikator für die Klimakatastrophe und das Artensterben und zeigen uns eindeutig die Defizite in unserem Umgang mit der Natur.

Deutschland 2022 | 106 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalb.de

Termine in und um Celle

Fr., 03. Februar, 18.00

Treffen der Kultur AG und ab 19 Uhr kultureller Abend der Solidarische Initiative Neuenhusen

vhs, Trift 20

Fr., 03. Februar, 20.00

Jazz-Rhythmics feat. David Milzow

Kunst & Bühne, 19,00

Sa., 04. Februar, 19.00

Duo Bela Vista

Buntes Haus, Eintritt frei

Sa., 04. Februar, 22.00

Cellshock - D'n'B-Party

CD Kaserne, 12,00

Di., 07. Februar, 19.30

Hermine Katz und das ungeheure Wissen der Dachböden

Theaterstück mit Kerstin Wittstamm

Kino 8 1/2, 15,00 / erm. 10,00

Sa., 11. Februar, 19.30

Songs of Celle - „Strong Women“

Kunst & Bühne, 12,00

Di., 14. Februar, 19.00

Rechte Landnahme in der Heide - von völkischen Siedlern und der Anastasia-Bewegung

Referat: Andrea Röpke

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Do., 16. Februar, 19.00

Verleihung des Preises Klimaheld:in

KulturTrif(f)t

Do., 16. Februar, 19.00

„Hotel Budapest, Berlin ...“

Dr. Thomas Sparr stellt sein Buch vor

Synagoge Celle, Eintritt frei

Mo., 20. Februar, 17.00

Breite Straße Café der Ökologie-AG der Solidarische Initiative Neuenhusen

vhs, Trift 20

Fr., 24.. Februar, 18.30

„Klimaneutralität“ und „grünes Wachstum“ auf dem Prüfstand“

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Berlin

vhs Celle, Trift 20 (Saal), Eintritt frei

Fr., 24.. Februar, 20.00

Element 562

Kunst & Bühne, 19,00

Fr., 24. Februar, 20.00

Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 25. Februar, 20.00

B.O.S.S. - Jazz

Kunst & Bühne, 15,00

Fr., 03. März, 18.00

Kultur AG und ab 19 Uhr kultureller Abend der Solidarische Initiative Neuenhusen

vhs, Trift 20

Do., 09. März, 18.00

Das Ende des Kapitalismus / Warum Wachstum und Klima-schutz nicht vereinbar sind - und wie wir in Zukunft leben werden

Vortrag: Ulrike Herrmann

Veranst: DGB, RLS u.a.

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 11. März, 20.00

Isaak Guderian

Kunst & Bühne, 19,00

Sa., 11. März, 20.00

Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

So., 12. März, 11.00

Frauentags-Brunch (Solidarische Initiative Neuenhusen)

vhs, Trift 20

Fr., 17. März, 19.00

Jazz Session mit Moritz Aring

Kunst & Bühne, Hut geht rum

Mo., 20. März, 19.00

Ausstellungseröffnung: Antisemitismus für Anfänger

Einfuhung durch Myriam Halberstam, Berlin

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Fr., 24. März, 19.30

Oskar Ansell: 300 Jahre „Celler“ Fährleute / Friedhelm Rathjen: Arno Schmidt als Übersetzer

Galerie Jochem, Magnusstrae 5

Sa., 25. März, 17.00

übersetzen ins Deutsche - Gespräch mit Nicola Denis, Silvia Morawetz, Claudia Ott, Friedhelm Rathjen u. Werner Schmitz

Galerie Jochem, Magnusstrae 5

So., 26. März, 11.00

Matinee / Vier „Celler“ Fährleute / Lesungen & Gespräche

Schlosstheater, Eintritt frei

Fr., 31. März, 18.00

Kritik der Bedürfnisse

Vortrag und Diskussion mit Thomas Ebermann, HH

vhs Celle, Trift 20 (Saal), Eintritt frei

Fr., 31. März, 20.00

Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

So., 16. April, 15.00

Bubales. Jüdisches interkulturelles Puppentheater Berlin mit

Die Koscher-Maschine – Ein Puppen-Science-Fiction über die Rolle der Tiere im Judentum

Bomann-Museum, Eintritt frei

####

Redaktionsschluss für die #114 ist Freitag, der 14. April